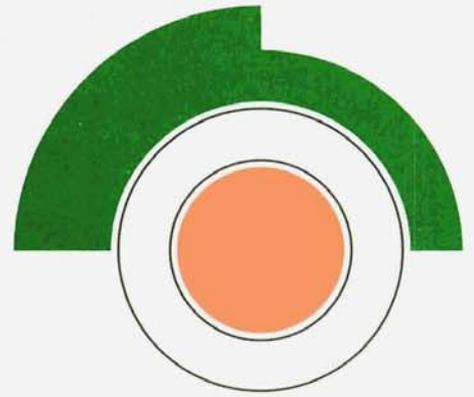


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 20



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 29. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 15.12.1998

WORT UND WIDERWORT

Machen Leistungsprämien an Beamte bessere Beamte?

Natürlich werde keine Beamtin oder kein Beamter besser dadurch, daß sie eine Prämie bekämen. Aber bei der Frage, ob es grundsätzlich Leistungsprämien geben solle oder nicht, gehe es um Motivation. In diesem Sinne könne das Instrument der Prämie ein Anreiz dafür sein, darüber nachzudenken, ob die Effizienz und die Effektivität des täglichen Handelns im öffentlichen Dienst verbessert werden könne. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Jürgen Jentsch**. Der CDU-Abgeordnete **Heinz Paus** betont, auch ein Beamter brauche Leistungsanreize, die ihm jedoch zur Zeit mit den bisherigen Mechanismen des Beamtenrechts nicht in ausreichendem Maße eröffnet werden könnten. Diesem Problem habe die frühere Bundesregierung Rechnung getragen und durch Novellierung des Beamtenrechtsrahmengesetzes das Instrument der Leistungsprämie eingeführt. Dies bedürfe jedoch noch der landesgesetzlichen Umsetzung. Die GRÜNE-Abgeordnete **Brigitte Herrmann** bekräftigt, wenn über Leistungsanreize nachgedacht werde, sei es notwendig, eine breite Palette derartiger, nicht nur finanzieller Anreize zu schaffen. Dies schließe auch das Nachdenken über eine Motivationssteigerung durch eine „Freizeitprämie“ ein. Überlasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werde hierbei nicht durch Geld, sondern durch Ausweitung ihrer freien Zeit ein Anreiz geboten, entlasteter und dadurch wieder motivierter zu arbeiten. (Seite 2)

49 Kreispolizeibehörden können im Internet ermitteln

Mehr Fälle von Kinderpornographie

In der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) tauchen der Besitz und die Verschaffung sowie der Handel mit Kinderpornographie immer häufiger auf. Darauf verweist der Minister für Inneres und Justiz, Dr. Fritz Behrens (SPD), in seiner Antwort auf eine CDU-Anfrage (Drs.12/3537).

Behrens teilt dazu mit, 49 der 50 Kreispolizeibehörden verfügten über mindestens einen Internet-Zugang und seien somit technisch in der Lage, neben dem Landes-kriminalamt im Internet zu ermitteln.

Nach Angaben des Ministers wurden 1995 nur 101 Fälle von Besitz und Verschaffung sowie 52 des Handels mit Kinderpornographie registriert. 1997 waren es bereits 458 bzw. 59. Für das erste Halbjahr 1998 weist die Kriminalstatistik allein 234 Fälle von Besitz und Verschaffung aus. Die Verbrechen des Kindesmißbrauchs und des gewerblichen Handels mit Kinderpornographie hätten durch die Technologie des Internets ein völlig neues Forum erhalten, das Anonymität und weltweite Kontaktaufnahme ermögliche, stellen die CDU-Abgeordneten Tanja Brakensiek, Ruth Hieronymi und Marie-Theres Ley fest. Die Abgeordneten wollen wissen, wie viele der insgesamt 50 Polizeibehörden in NRW für die Verfolgung des Kindesmißbrauchs und der Kinderpornographie über einen eigenen internetfähigen Computer verfügen.

Lehrer arbeiten länger, als man denkt

Die Woche im Landtag

Nachruf

Mit Bestürzung hat der Landtag Kenntnis vom Tode Klaus Mathiesens genommen. Der Landtagspräsident gab in einem Nachruf der Trauer Ausdruck. (Seite 3)

Etatberatung

Der Landtag hat in 2. Lesung die Einzelpläne des Haushaltsgesetzes 1999 sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz beraten. Zentrales Thema: die Zukunft des Landes. (Seite 4)

Verwaltungsreform

Der Ausschuß für Verwaltungsstrukturen begrüßt das vom Innenminister beschleunigte Tempo bei der Neuorganisation der Landesverwaltung. (Seite 8)

Einzelpläne

Der Haushaltsausschuß stimmte über die nach Beratungen der Fachausschüsse und Berichterstattergesprächen geänderten Einzelpläne des Haushaltsentwurfs 1999 ab. (Seite 9)

Betriebskosten

Der Ausschuß für Kinder-, Jugend und Familie hat der Änderung der Betriebskostenverordnung für Kindertagesstätten zugestimmt. (Seite 11)

Wahlbilanz

Eine Bilanz der Bundestagswahl 1998 zogen Meinungs-, Wahl- und Parteienforscher bei einer Tagung in Tutzing. (Seite 12)



Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

WORT UND WIDERWORT

Leistungsprämie bedeutet Anerkennung für den Beamten

Von
Jürgen Jentsch

Natürlich wird keine Beamtin oder Beamter besser dadurch, daß er eine Prämie bekommt. Aber bei der Frage, ob es grundsätzlich Leistungsprämien geben soll oder nicht, geht es um Motivation. In diesem Sinn kann das Instrument der Prämie ein Anreiz dafür sein, darüber nachzudenken, ob die Effizienz und die Effektivität des täglichen Handelns im öffentlichen Dienst verbessert werden kann. Es ist notwendig, darüber nachzudenken, ob Arbeitsvorgänge nicht noch intensiver, bürgerfreundlicher und vielleicht auch praktischer verrichtet werden können. Die Ansätze können sowohl bei der Teamarbeit als auch bei der Einzelarbeit sein. Die Wirtschaft hat uns Beispiele gegeben, wie etwas funktionieren kann. Dort haben Prämien neue Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Optimierte Arbeitsabläufe, neue Arbeitsmethoden haben dabei zu einer Entlastung beigetragen und die Kundenfreundlichkeit drastisch erhöht. Dieses Geben und Nehmen führt zu einer größeren Arbeitszufriedenheit und baut Strebsi-

Von
Heinz Paus

„Staatsdiener sollen bürgernah denken und handeln. Sie sollen die ihnen übertragenen Pflichten zu jeder Zeit bestmöglich erfüllen. Hierfür werden sie — so das Gesetz — alimentiert; und Beamte erhalten für ihren umfassenden Einsatz einen sicheren Arbeitsplatz. Angesichts dieser Prinzipien des Beamtentums erscheint die Forderung nach einer Leistungsprämie für Beamte überflüssig. Dies ist sie jedoch nicht.

Es ist eine Illusion, zu glauben, ein Staatsdiener unterscheide sich in seinem alltäglichen Arbeitsleben von einem Angestellten oder Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft. So wie dieser, möchte auch der Beamte den Erfolg seines Unternehmens „Staat“ für sich honoriert wissen. Auch ein Beamter braucht Motivation. Auch ein Beamter will merken, daß Leistung sich lohnt. Anders formuliert: auch ein Beamter braucht Leistungsanreize, die ihm jedoch zur Zeit mit den bisherigen Mechanismen des Beamtenrechts nicht in ausreichendem Maße eröffnet werden können — von den beschränkten Beförderungsmöglichkeiten in Folge eines unumgänglichen Personalabbaus ganz zu schweigen. Diesem Problem hat die frühere Bundesregierung mit einer Reform des öffentlichen Dienstrechts Anfang 1997 Rechnung getragen. Sie hat

Von
Brigitte Herrmann

Qualifizierte und gute Leistungen kann nur erbringen, wer motiviert ist. Voraussetzung für eine solche Motivation ist maßgeblich das gesamte Umfeld der Arbeitsbedingungen. Dazu zählt eine angemessene Bezahlung, insbesondere aber auch das Arbeitsklima, die Eigenverantwortlichkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Entscheidungskompetenz, die gute Ausstattung des Arbeitsplatzes, eine Transparenz der Arbeitsabläufe, Führungskompetenz von Vorgesetzten, etc. Nur dort, wo alle diese Faktoren optimal aufeinander abgestimmt sind, ist die Grundlage für ein qualifiziertes und effizientes Arbeiten gegeben.

Die Frage nach Leistungsprämien muß sich also erst der Überprüfung der genannten Kriterien stellen. Bei der Frage oder Forderung nach besseren Leistungen sind zuerst hier bestehende Defizite abzubauen, um Arbeitszufriedenheit und Motivation zu steigern. Finanzielle Leistungsprämien für einzelne Leistungsträgerinnen und -träger werden in der wissenschaftlichen Fachliteratur hingegen als „Hygienefaktoren“ bezeichnet. Sie tragen nicht anhaltend zu besserer Leistung

SPD: Herausragende Leistungen sollen belohnt werden

tuationen ab. Ein weiterer Effekt ist der größere partnerschaftliche und kreative Umgang in der alltäglichen Praxis miteinander. Die positiven Beispiele sollten auf ihre Übertragbarkeit auf den öffentlichen Dienst geprüft werden.

Warum sollten also nicht Beamtinnen und Beamte von einem solchen System profitieren?

Die Anerkennung von besonders herausragend geleisteter Arbeit sollte auch im öffentlichen Dienst durch Prämien belohnt werden. Dabei kann es offen bleiben, wie die Prämienausstattung erfolgt — im Team oder als Einzelleistung. Es bleibt aber darauf hinzuweisen, daß der öffentliche Dienst nicht nur aus Beamtinnen und Beamten besteht. Auch der Angestellten- und Arbeiterbereich sollte in dieses Leistungssystem mit einbezogen werden. Teams bestehen bei der Polizei zum Beispiel nicht nur aus verbeamteten Kräften. Eine herausragende Teamleistung könnte dann nicht gewürdigt werden, wenn nur der Beamtenbereich vom Prämiensystem erfaßt würde. Es wäre allerdings darauf zu achten, daß Leistungsprämien nicht in Form des Gießkannenprinzips unter die Beschäftigten gestreut werden. Transparente Entscheidungen erhöhen die Akzeptanz der Kriterien, nach denen die Leistungsprämien vergeben werden. Der öffentliche Dienst sollte vor diesen innovativen Führungsinstrumenten nicht Halt machen!

CDU: Wirtschaftliche Instrumente auch in der Verwaltung nutzen

durch die Novellierung des Beamtenrechtsrahmengesetzes das Instrument der Leistungsprämie eingeführt. Dies bedarf jedoch noch der landesgesetzlichen Umsetzung. Wann z. B. und in welcher Höhe sollen die Beamten eine Leistungsprämie erhalten? Wie wird Leistung in der Behörde definiert, gerade in den Bereichen, die sich nicht an dem Prinzip wirtschaftlicher Gewinnerzielung orientieren können? Wie wird Leistung, z. B. im Bereich der Polizei, gemessen? Kann es darauf ankommen, wer die meisten Strafzettel verteilt? Wie wird die Arbeit des bürgerfreundlichen Schutzmanns im Viertel bewertet? Es kommt darauf an, in Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen transparente und nachvollziehbare Kriterien zu erarbeiten, die den Leistungsgedanken verwirklichen. Die Landesregierung ist mit ihrem erstem Versuch, die Leistungsprämie umzusetzen, gescheitert. Sie hat zudem die dafür vorgesehenen Mittel, die zu Lasten der Bediensteten erwirtschaftet worden sind, zur Sanierung des Haushalts abgezweigt.

Die Landesregierung ist nunmehr gefordert, umgehend eine praxisorientierte, für einen entscheidungsfreudigen Behördenleiter handhabbare Neufassung der Verordnung über die Leistungsprämie vorzulegen. Dabei muß sie sich dafür einsetzen, daß auch im Tarifbereich für die Angestellten des öffentlichen Dienstes vergleichbare Instrumente geschaffen werden. Keinesfalls darf es dazu kommen, daß die Landesregierung auch im kommenden Jahr die für die Leistungsprämie vorgesehenen Mittel zur Deckung von Haushaltslöchern einsetzt. Und keinesfalls darf die Leistungsprämie zu einem Umgehungsinstrument für notwendige strukturelle Maßnahmen werden. Wenn über Jahre hinweg Beförderungen nicht mehr vollzogen werden können, wird eine einmalige Zahlung die Motivation und Leistungsbereitschaft auch nicht auf Dauer bewahren können.

GRÜNE: Motivation durch „Freizeitprämie“

und Motivation bei, sondern sind oft ein nur einmalig zur Kernntnis genommener Anreiz. Darüber hinaus können sie in der Zusammenarbeit zwischen „Belohnten“ und „Nicht-belohnten“ zu Spannungen, Verschlechterungen des Arbeitsklimas und daraus resultierend, zu Demotivationen führen. Verbesserungen der Arbeitsabläufe und -ausstattung allerdings sind konstant im Arbeitsprozeß für alle Beschäftigten bemerkbar und täglich erlebbar.

Wenn über Leistungsanreize nachgedacht wird, ist es deshalb aus bündnisgrüner Sicht notwendig, eine breite Palette derartiger — nicht nur finanzieller — Anreize zu schaffen. Dies schließt auch das Nachdenken über eine Motivationssteigerung durch eine „Freizeitprämie“ ein. Überlasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird hierbei nicht durch Geld, sondern durch Ausweitung ihrer freien Zeit ein Anreiz geboten, entlasteter und dadurch wieder motivierter zu arbeiten. Das Angebot von „Freizeitprämien“ führt gleichzeitig dazu, daß die vorhandene Arbeit anders verteilt werden muß. In der Konsequenz bedeutet dies, daß neue Stellen für die vorhandene Arbeit geschaffen werden können.

Im Landeshaushalt 1999 stehen 55 Millionen DM für die Vergabe von Leistungsprämien bereit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Auffassung, daß diese Gelder im aufgezeigten Sinn verwendet werden müssen und nicht wieder im Haushalt verschwinden dürfen. Es muß deshalb schnellstmöglich ein Weg gefunden werden, 1999 auch wirkliche Leistungsanreize zu schaffen und optimale, transparente Kriterien für die Vergabe von Leistungsprämien zu erarbeiten.

Landtag bestürzt und in tiefer Trauer über den Tod Klaus Matthiesens

Abschied von einem Vollblutpolitiker aus Leidenschaft

Die Nachricht vom Tod des langjährigen Landtagsabgeordneten, ehemaligen Ministers und ehemaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Klaus Matthiesens hat im Landtag Nordrhein-Westfalen große Bestürzung und tiefe Trauer ausgelöst. Die Gefühle der Mitglieder aller Fraktionen brachte Landtagspräsident Ulrich Schmidt am 10. Dezember zu Beginn der Plenarsitzung auf den Punkt, als er feststellte: „Ich denke, daß wir heute nicht so einfach zur Tagesordnung, zum Alltagsgeschäft übergehen können.“ In seinem Nachruf führte der Präsident wörtlich aus:

„Wir alle sind erschrocken, wir sind geschockt und wir sind voller Trauer, daß wir unseren Kollegen Klaus Matthiesens, den geradlinigen und temperamentvollen Vollblutpolitiker, für immer verloren haben. Uns alle hat die Nachricht vom Tode Klaus Matthiesens gestern überraschend und völlig unvorbereitet während der normalen Parlamentsarbeit oder auf dem Wege zur Trauerfeier für unseren ehemaligen Kollegen Hans Otto Bäumer erreicht.

Sie hat uns nicht nur mit Trauer und Bestürzung, sondern mit großem Schmerz erfüllt. Ich habe einen guten Freund, langjährigen Mitstreiter und liebenswerten Kollegen verloren. Dies gilt, so weiß ich sicher, für viele in diesem Hohen Haus.

Auch in seiner neuen Rolle als Manager eines Unternehmens war sich Klaus Matthiesens treu geblieben, was in seiner Pressekonzferenz, die er nur Stunden vor seinem Tod hier in Düsseldorf gegeben hat, deutlich wurde. Er gab seinem Unternehmen, in das er erst Anfang November eingetreten war, klare und große Ziele vor, so wie er auch seinen Freunden in der SPD-Fraktion immer große Zielmarken vorgegeben hat.

Sein Ausstieg aus der aktiven Politik war für seine Freunde überraschend, wenn man auch letztlich verstehen konnte, daß sich Klaus Matthiesens für sein Leben noch einmal neue Ziele gesetzt hatte. Wir werden ihn jedenfalls in Erinnerung behalten als einen Politiker aus Leidenschaft, dem Politik neben allem Gestalten und allem Machen immer auch Verpflichtung war. So war er dem Freund immer ein verlässlicher Freund, dem Gegner in der politischen Arena ein fairer Streiter.

Wofür stand dieser Mann, dessen Tod bei so vielen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes so viel Anteilnahme und Trauer auslöst? — Er war in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands tief verwurzelt und trat für ihre Werte mit großer Überzeugungskraft und leidenschaftlichem Engagement ein. Ein Ziel war ihm besonders wichtig, und er vergaß nicht, es bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu betonen: Das Vertrauen der Industriearbeiterschaft und unserer Bergleute darf nicht erschüttert werden. Dieser seiner Grundüberzeugung wurde er in der aktiven politischen Tätigkeit immer gerecht. Sie wird uns als ein politisches Vermächtnis in Erinnerung bleiben.

Geradlinigkeit und Verlässlichkeit kennzeichnen den Lebensweg von Klaus Matthiesens. Klaus Matthiesens war von 1971 bis 1983 Mitglied des Landtages von Schleswig-Holstein und dort ab 1973 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und Oppositionsführer.

Dem Landtag von Nordrhein-Westfalen ge-



Klaus Matthiesens (SPD)

hörte Klaus Matthiesens vom 30. Mai 1985 bis zum 4. November 1998 an. Von Oktober 1983 bis Mai 1985 war er Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und seit 1985 Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft unseres Landes. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion war er vom 24. Mai 1995 bis zum 3. November 1998. Im November 1998 trat er als Vorsitzender des Vorstandes in ein Wirtschaftsunternehmen ein.

Klaus Matthiesens war der Vater vieler Gesetze und Gesetzesnovellen zum Umweltschutz. Er hat den Umweltschutz in Nordrhein-Westfalen in den Rang gehoben, den er heute hat. Als Umwelt- und Landwirtschaftsminister hat er einer ökologisch orientierten und bäuerlich strukturierten Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen auch neue Perspektiven geben können.

Klaus Matthiesens hielt es für seine Lebensaufgabe, bei den Menschen zu sein. Ein besonderes Herzensanliegen war ihm der Kampf an der Seite der Arbeitnehmer für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze und die Sicherung ihrer Rechte. Für die Interessen der Bergleute und der Landwirte setzte er sich zu jeder Zeit und an jedem Ort kompromißlos ein. Als Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Raumordnung wurde er zum Verfechter auch der ökologischen Erneuerung unseres Landes.

Als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

hat er seiner Fraktion Orientierung gegeben und ihr Profil geschärft, als Norddeutscher mit Ecken und Kanten uns gezeigt, daß man mit einer klaren und offenen Sprache auch in Nordrhein-Westfalen politisch erfolgreich sein kann. Er wird uns als parlamentarischer Urgestein in Erinnerung bleiben.

Klaus Matthiesens war Parlamentarier mit Leib und Seele. Er liebte die parlamentarische Auseinandersetzung und sah in ihr ein Lebenselement unserer parlamentarischen Demokratie. Seine Redebeiträge waren geprägt von einem Talent, das Florett und schwere Säbel zuließ — eine Fähigkeit, die nur wenigen zu eigen ist.

Die knappen Stunden seiner Freizeit verbrachte er gerne im Kreis seiner Freunde und Gesinnungsgenossen, aber genauso gerne im Kreis von Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag, egal, welcher Fraktion. So verbanden ihn herzliche Freundschaften über alle Fraktionsgrenzen in diesem Haus hinweg. Er wird uns fehlen. Er wird vielen fehlen auch als Partner und als Ratgeber in schwierigen Situationen.

In dieser Stunde gilt unser Mitgefühl und unsere Dankbarkeit ganz besonders seiner Frau und seinen Kindern, seinen Angehörigen, die ihm seine politische Arbeit über eine so lange Strecke möglich gemacht haben. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen wird Klaus Matthiesens nicht vergessen und ihm ein ehrendes Gedächtnis bewahren.“

Suche nach Wegen in die Zukunft des Landes kennzeichnete die 2. Lesung

NRW braucht auch neue Großprojekte als Zeichen für den Strukturwandel

Der nordrhein-westfälische Landtag hat am vergangenen Donnerstag und Freitag die Einzelpläne des Haushaltsgesetzes 1998 in zweiter Lesung beraten. Der Etatentwurf sieht Gesamtausgaben in Höhe von 91,349 Milliarden Mark vor. Das ist nur wenig mehr als 1998, als der Etat 89,5 Milliarden Mark umfaßte. Die Netto-Neuerschuldung im Kreditfinanzierungsplan beläuft sich 1999 auf 7,235 Milliarden Mark. Zur zweiten Lesung des Haushaltsentwurfs 1999 lagen in einer Tischvorlage noch 17 Änderungsanträge der CDU-Fraktion sowie vier Entschließungsanträge der Opposition und einer der Koalition von SPD und GRÜNEN vor, über die nach der dritten Lesung am 17. Dezember abgestimmt werden soll. Begonnen wurde mit der Beratung des Einzelplans 08 des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, der sich aus den beiden Teilbereichen Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sowie Verkehr zusammensetzt.

Laurenz Meyer (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, nahm zunächst zum Bereich Wirtschaft Stellung. Die CDU-Fraktion lehne den vorgelegten Wirtschaftshaushalt aus tiefer Überzeugung ab, sagte Meyer. Als Beispiel führte er an, daß die Landesregierung die Beratungsprogramme für Existenzgründer und Mittelstand von 19,8 Millionen auf 11,1 Millionen Mark gekürzt habe. Es sei einfach so, daß die Landesregierung in der Vergangenheit viel zu großen Wert auf Prestigeobjekte gelegt habe, auf große Objekte. Er führte die Subventionierung des Centro Oberhausen an. In dieser Situation solle in Deutschland eine Steuerreform gemacht werden, die Arbeitsplätze beschädige und nicht neue schaffe, in dieser Situation solle zusätzlich eine Energiesteuer eingeführt werden, die gerade in Nordrhein-Westfalen die Unternehmen beschädige und sie nicht stärke. Der Abgeordnete erwähnte, daß der Minister Steinbrück neu im Amt sei. Trotzdem werde zu seinem Auftakt der Wirtschaftshaushalt gleich um 7,7 Prozent gekürzt.

Werner Bischoff (SPD) betonte, er hätte schon erwartet, daß der Vorredner an dieser Stelle zu landespolitischen Fragen Stellung nehme und nicht mit allgemeinen Aussagen sehr schnell in die Bundespolitik ausweiche. Bischoff wies darauf hin, daß dieser Landeshaushalt 1999 davon geprägt sei, daß bei den anhaltenden und hinter den Erwartungen zurückliegenden Steuereinnahmen auf der einen Seite und den hohen Belastungen durch den Finanzausgleich auf der anderen Seite leider deutliche Einschnitte unvermeidbar seien. Zum Ausgleich des Gesamthaushalts 1999 sei deswegen auch ein Haushaltssicherungsgesetz erforderlich gewesen. Auch die Einschnitte in die freiwilligen Förderprogramme des Landes seien nicht zu ver-



Umsteuern in der Wirtschaftspolitik oder nicht? Die CDU hielt in der Haushaltsdebatte der Landesregierung vor, sie habe in der Vergangenheit zu sehr große Unternehmen gefördert und zu wenig auf kleine und mittlere Betriebe Rücksicht genommen (v.l.): Laurenz Meyer (CDU), Werner Bischoff (SPD), Alexandra Landsberg (GRÜNE) und Wirtschaftsminister Peer Steinbrück (SPD).
Fotos: Schälte

meiden gewesen. Das habe insgesamt leider Auswirkungen auf den Wirtschaftshaushalt. Er berichtete, daß man einer Reduzierung um 216 Millionen Mark habe entgegensteuern können. Insgesamt vermindere sich der Wirtschaftsetat um 2,8 Millionen Mark.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) unterstrich, neben den Spielräumen, die der Haushaltsgesetzgeber der Landesregierung mit dem Haushalt 1999 eröffne, halte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die effiziente Verwendung der eingestellten Mittel für prioritär. Mit einem Etatvolumen von sieben Milliarden Mark stehe das Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr einem Großunternehmen nicht nach. Schon das Etatvolumen mache deutlich, wie komplex ein solch großes Haus zu verwalten sei. Darum verfüge jedes x-beliebige Großunternehmen heute über ein Controlling. Anders das nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerium. Als Wolfgang Clement 1995 Wirtschaftsminister geworden sei, sei das Controlling-Referat nicht wieder besetzt worden. Die Folge: Der Wirtschaftsminister wisse heute nicht, wo sein Geld im einzelnen bleibe.

Wirtschaftsminister Peer Steinbrück (SPD) entgegnete auf Vorhaltungen der CDU in bezug auf Beratung für die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die Abnahme sei von 17 auf 13,3 Millionen weniger dramatisch. Zudem gebe es eine Deckungsfähigkeit gegenüber anderen Programmen, wo man die Hoffnung habe, im Zweifel dort die Beratung weiterfinanzieren zu können. Zudem habe Herr Meyer vergessen, daß es noch in anderen Bereichen Gründungsberatungen gebe, daß man insgesamt in diesem Zusammenhang auf ein Niveau von fast 23 Millionen Mark komme. Zu den Prestigeobjekten sagte der Minister, das Land Nordrhein-Westfalen brauche an der einen oder anderen Stelle ausstrahlungskräftige große Projekte, die eine Eigendynamik entwickelten, die auch den Strukturwandel in diesem Land nicht nur dokumentierten, sondern auch voranbrächten (Der Einzelplan 08 wurde mit den Stimmen der Koalition angenommen).

Kontroverse Verkehrspolitik

Drei Änderungsanträge der CDU-Fraktion zum Einzelplan 08 mit Mehrforderungen für Existenzgründungshilfe, Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen und für Landesstraßenbau lehnte die Mehrheit aus SPD und GRÜNEN ab, bevor sie den Einzelplan des Wirtschafts- und Verkehrsministers annahm.

Günter Langen (CDU) spielte auf neue Medientechnik und den Transrapid-Vorstoß von NRW an und warf der Landesregierung „virtuelle Verkehrspolitik“ vor. Die reale Verkehrspolitik sehe anders aus: kein Geld für Straßenerhaltung, 44 marode Brücken in Westfalen-Lippe, Kahlschlag bei den Mitteln seit 1994 50 Prozent weniger für Landes- und 33 Prozent weniger für kommunale Straßen. Eingeeengt durch rot-grüne Wahrnehmung ignoriere sie die Leistungen des Straßenverkehrs. Der Koalitionsvertrag liege wie lähmender Nebel über dem Land. Die CDU fordere erneut wenigstens 130 Millionen für Erhaltungsinvestitionen und 200 Millionen Mark für Landesstraßenbau. Für die Schiene und den öffentlichen Nahverkehr stünden 3,3 Milliarden im Haushalt. Das sei eine Schiefelage. Den Transrapid als Geisterzug durch die Presse sausen und sich in ganzseitigen Zeitungsanzeigen und Hochglanzbroschüren feiern zu lassen, brauche NRW nicht.

Heinz Hunger (SPD) warf der Opposition vor, ihre Mehrforderungen durch ungezielte Minderausgaben decken zu wollen. Das sei wie Verbuchen eines Lottogewinns, bevor der Lottoschein abgegeben sei. Im Verkehrsetat bleibe viel Wünschenswertes offen. Aber Mobilität und das bestens ausgebaute Verkehrsnetz würde gesichert. Die Landesinitiative Mobilität mit zehn Millionen Mark gebe Impulse für neue und integrierende Technik und sichere die Beschäftigung in der Verkehrswirtschaft. Für Public Private Partnerships sei der Verkehrssektor hervorragend geeignet. Der Haushaltsansatz 1999 von 100 Millionen

Mark für Landesstraßen sei einmalig, jährlich 150 Millionen seien nötig.

Peter Eichenseher (GRÜNE) sprach sich für deutlich bessere Angebote im Nahverkehr mit dem vorhandenen Mittelvolumen aus. Ausschreibungen und verstärkter Wettbewerb hätten bereits zu deutlichen Kostensenkungen geführt. Fahrgeldeinnahmen und Fahrgastzahlen müßten ebenfalls gesteigert werden. Jobticket und Parkraumbewirtschaftung müßten auch in den Landesbehörden umgesetzt werden. Der Rückzieher der SPD sei bedauerlich. Nicht hinzunehmen seien Unternehmensentscheidungen der Bahn AG mit schlechterem Angebot. Das Land müsse Leistungen klar fordern. Das Projekt UFO Dortmund dürfe nicht zum undurchsichtigen Förderobjekt werden. Es gebe bereits genug fehlgeleitete Wirtschaftsförderung und Prestigeobjekte mit verheerenden Kosten-Nutzen-Faktoren in NRW. Das Land dürfe sich keine neuen Subventionsskandale und Spielwiesen wie High-Definition-Fernsehen leisten. Dagegen seien Bahntechnik mit 60 000 Arbeitsplätzen und flächendeckender Schienenverkehr auszubauen.

Minister Peer Steinbrück (SPD) sprach sich für das Referenzprojekt Transrapid Hamburg—Berlin ohne zusätzliche Bundesmittel und öffentliche Risiken aus und hielt die Straßenbau-Kritik der CDU für richtig. 100 Millionen Mark seien zu wenig. Für Unterhaltung und Instandsetzung sei mehr notwendig, sonst werde die Substanzerhaltung immer schwieriger und teurer. Nicht jede Schienenstrecke sei per se besser als Busverkehr. Wie wünschenswerte Stadtbahnprojekte finanziert werden sollten, erkenne er nicht.

Schule und Weiterbildung

Zwei Enthaltungen gab es im Koalitionslager bei der Abstimmung über den Einzelplan 05, den Etat des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung: Die GRÜNEN Abgeordneten Daniel Kreutz und Ingrid Fitzek, Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses, enthielten sich. Die CDU stimmte dagegen.

Bernhard Recker (CDU) gab Schulministerin Behler, was die Erfordernisse einer elementar notwendigen Grundversorgung und einer motivierten Lehrerschaft angehe, die Note „Klassenziel völlig verfehlt“. In NRW fehlten den Schülern bis zum Abitur durch Unterrichtsausfall bis zu einem Viertel Jahren; wenn sie die Schule verließen, sei ihr Ausbildungsstand schlechter als der in anderen Bundesländern. Darum seien Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der quantitativen Rahmenbedingungen unerlässlich, nicht zuletzt auch bei der Schülerfahrkostenerstattung. Mit Trainer und Managerin — Ministerpräsident Clement und Schulministerin Behler — sei die Schülermannschaft in NRW auf einem Abstiegspfad. Das nehme die CDU nicht länger hin.

Manfred Degen (SPD) sah den Etat als solide Grundlage dafür an, die Fortführung der Schulpolitik des Landes in den nächsten Jahren zu gewährleisten. Der Haushalt setze einen Schwerpunkt bei Förder-

maßnahmen für den Übergang von Schule in den Beruf. Das Programm „Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule“ habe sich bewährt, bekomme mehr Geld und solle aus der Modellphase entlassen werden. Für Multimedia und PC-Ausstattung der Schulen würden zwei Millionen mehr aufgewendet. Daneben gebe es allerdings unliebsame Einschnitte, wie durch die Streichung des Unterhaltsbeihilfengesetzes und bei der Refinanzierung der Schülerfahrkosten bei den Ersatzschulen.

Brigitte Schumann (GRÜNE) warf der Opposition vor, bei ihren Gegenvorstellungen lasse sie die Haushalts- und Finanzkrise des Landes außer acht. Die Koalition tue etwas zur Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer (Sabbatjahr, Teilzeit, Altersteilzeit) und verbessere die Unterrichtsversorgung. Es würden Akzente gesetzt für die Weiterentwicklung von Schulen in Richtung Selbständigkeit und Professionalisierung. Sie bedauerte, daß die GRÜNEN mit ihrem Versuch beim Koalitionspartner nicht auf Gegenliebe gestoßen sind, die Privatschulen von der Erhöhung der Schülerfahrkosten auszunehmen.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) nannte Zahlen: 6 750 Schulen im Lande, auf 141 000 Stellen 160 000 Lehrerinnen und Lehrer — 40 Prozent des Personals des Landes, wie sie betonte. Wer da die Grundausrüstung beklage und sage, man befinde sich in einem Tal des Elends, der rede nicht nachvollziehbar daher. Die Ministerin unterstrich die Höhe der nordrhein-westfälischen Bildungsausgaben und verteidigte die Prioritäten, die angesichts der Finanzlage gesetzt werden müßten. Zu diesen Prioritäten gehöre eindeutig die Bildung mit ihrem Anteil von 20 Prozent an den Gesamtausgaben. Auf der Basis der soliden Grundausrüstung könne man damit fortfahren, „die Qualität des öffentlichen Sektors Bildung zu erhalten und zu optimieren“.

Wissenschaft und Forschung

Manfred Kuhmichel (CDU) beklagte, der zuständige Ausschuß für Wissenschaft und Forschung werde von der Ministerin in seinen parlamentarischen Rechten beschnitten, etwa indem der Kontakt zu Wissenschaftlern und Hochschulen von ihr zu begrenzen versucht werde und Anfragen von Parlamentariern von ihr nicht ordnungsgemäß und sachgerecht beantwortet würden. Und die Ausschußvorsitzende, die

ein abweichendes Votum abgebe, werde mit dem Entzug der Berichterstattung über die Haushaltsberatungen abgestraft. Da bleibe wenig von dem Versprechen des Ministerpräsidenten, in der Wissenschaftspolitik neue Wege zu gehen; im Gegenteil: „Die neuen Wege der Wissenschaftspolitik haben den zuständigen Fachausschuß zu nächst einmal in die Sackgasse geführt.“

Dietrich Kessel (SPD) meinte nach dieser Schilderung von „Atmosphärischem aus dem Ausschuß“, es sei festzuhalten, „daß die Ausgaben des Landes für Wissenschaft und Forschung auch im nächsten Jahr steigen werden. Damit knüpfen wir an eine nun bereits zehn Jahre währende Periode eines kontinuierlichen Anstiegs in unserem Lande.“ Die Landespolitik sei sich ihrer Verantwortung für die Hochschulen durchaus bewußt. Da in den nächsten Jahren mit eher bescheidenen Mittelzuwächsen zu rechnen sei, müsse man dafür sorgen, daß sie optimal genutzt würden. In den Hochschulen gelinge das nur mit Instrumenten zur effizienteren Mittelbewirtschaftung, mit Finanzautonomie und gestärktem eigenverantwortlichen Umgang mit den gewonnenen Spielräumen.

Ingrid Fitzek (GRÜNE) stellte fest, wenn nicht einzelne, durchaus positive Punkte des Etats betrachtet würden, sondern die zentralen Eckdaten, „so muß ich feststellen, daß er leider nicht den berechtigten finanziellen Erwartungen entspricht, die Ministerpräsident Clement durch seine Aussagen zu Priorität des Wissenschafts- und Hochschulbereichs in der Regierungserklärung bestärkt hat“. Vor allem die Kürzungen in den Zentralkapiteln halte sie steuerungspolitisch für bedenklich.

Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) vermutete, die Opposition habe zum Etat nicht viel zu sagen; darum ziehe sie sich auf „Stilkritik und Verfahrensrügen“ im Ausschuß zurück. Der Etat wäre es aber wert, anders und umfassend gewürdigt zu werden. Einschnitte zu vermeiden, fortzuschreiben und zu konsolidieren — das sei in Zeiten der Knappheit öffentlicher Mittel ein politischer Erfolg. Die Forschungsförderung im Lande habe man gehalten, zum Teil angehoben. So etwas gehe in der Negativspirale öffentlicher Wahrnehmung leicht unter. In der inneren Entwicklung der Hochschulen seien erhebliche Fortschritte gemacht worden. Noch vor Jahren, erinnerte sie, habe es in der Frage der modernen Steuerung in den Hochschulen deutliche Vorbehalte gegeben. Die seien jetzt überwunden.



Wie der Vorrang für Bildung auch in finanziell schwierigen Zeiten zu gewährleisten ist, darüber tauschten sich aus (v. l.): Manfred Kuhmichel (CDU), Dietrich Kessel (SPD), Ingrid Fitzek (GRÜNE) und Ministerin Gabriele Behler (SPD).
Fotos: Schälte

Bündnis für Arbeit auch in Nordrhein-Westfalen

Als schädlich für die Sozialpolitik hat die CDU die Zerschlagung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales bezeichnet. Bei der Beratung des Unterbereichs „Arbeit und Soziales“ des Einzelplans 15 des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport befürwortete die SPD ein „Bündnis für Arbeit“ in NRW, und die Landesregierung machte sich für das Projekt „Jugend in Arbeit“ stark. Kritik kam von den GRÜNEN.

Hermann-Josef Arentz (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, sagte, aus Sicht der Union sei die einschneidendste und schädlichste Veränderung in der Sozialpolitik des Landes NRW die Zerschlagung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Sommer dieses Jahres. Die Zuständigkeiten, die früher in einem einzigen Ministerium angesiedelt gewesen seien, seien jetzt an drei unterschiedliche Häuser verteilt bzw. angehängt worden: die Arbeitsgerichtsbarkeit an den

vier Milliarden mehr für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung zu stellen. Seitens der SPD-Fraktion begrüße man ausdrücklich die Absicht des Ministerpräsidenten, in NRW ein Bündnis für Arbeit zu schmieden. Ähnlich wie der Ministerpräsident sei auch die SPD in NRW daran interessiert, einen Versuch mit Kombilöhnen einzuleiten. Ferner unterstütze man die Schwerpunkte der Landesregierung in der Arbeitsmarktpolitik. Vöge nannte arbeitnehmerorientierte Modernisierung, sozialverträgliche Flankierung des Strukturwandels und Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit.

Daniel Kreutz (GRÜNE) betonte, dies seien die ersten Haushaltsberatungen in NRW in der Ära nach Kohl. 16 Jahre lang habe das Ohr der Bundesregierung den Arbeitgebern und den Gutbetuchten gehört. Die Wählerinnen und Wähler, die die Regierung der sozialen Kälte abgewählt hätten, weil sie sich nicht hätten abfinden wollen mit Massenarbeitslosigkeit, mit der Spaltung in Arm und Reich usw., diese Wählerschaft erwarte, daß die neue Mehrheit im Bund ihren Worten von gestern Taten folgen lasse. Statt dessen herrsche gegenwärtig weithin Er-

vorgesehen, langzeitarbeitslose Jugendliche individuell zu beraten, sie an einen Beruf heranzuführen und so einen stabilen Verbleib in den Betrieben zu erreichen. Derzeit habe man mit diesem Programm rund 7 000 Jugendliche erreicht, von denen rund ein Drittel Sozialhilfe beziehe. Ferner habe sich der in NRW praktizierte Weg der präventiven Arbeitsmarktpolitik, für den man in 1999 rund 180 Millionen Mark zur Verfügung stelle, sowohl für den Arbeitsmarkt als auch wirtschaftlich als außerordentlich erfolgreich herausgestellt.

Migrationspolitik

Während SPD- und GRÜNE-Rednerinnen die Erfolge bei der Zuwanderung lobten, hielt der CDU-Sprecher mehr Hilfe bei Sprachproblemen für nötig.

Oliver Wittke (CDU) führte aus, dieser Haushalt schreibe fest, daß NRW für jedes fünfte ausländische Kind keinen Kindergartenplatz habe. Eine riesige Chance der Integration werde vertan, denn Sprachdefizite könnten dort mit geringem Aufwand behoben werden. Dreimal so viele ausländische Kinder blieben ferner weiterhin ohne Schulabschluß. Auch auf dem Arbeitsmarkt setze sich die Benachteiligung fort. Hunderttausende Mark würden herausgeschleudert für Antidiskriminierungsbüros, anstatt gute Integrationspolitik zu fördern.

Vera Dedanwala (SPD) warf dem Vorredner vor, die Förderung der Kindergartenerziehung nicht mitbekommen zu haben. Sprachprobleme ausländischer Kinder entstünden durch die Herkunftsfamilien. Aufklärung über die Kindergartenerziehung sei nötig. Das Landeszentrum für Zuwanderung strahle weit über die Landesgrenzen hinaus und arbeite sehr gut.

Klares Bekenntnis

Christiane Bainski (GRÜNE) räumte Defizite in NRW ein, die zu beseitigen seien. NRW könne stolz auf seine Migrationspolitik sein. In NRW lebe ein Viertel aller Migranten. Daher könnten deren soziale Probleme nicht mit Bayern verglichen werden. Die Zuwanderung sei unumkehrbar. Fast zwei Millionen brauchten keine weiteren Signale der Ausgrenzung, sondern des Willkommens. Einbürgerung solle erleichtert werden. Mit 24 Millionen Mark im Haushalt 1999 für Integration werde gute Arbeit fortgesetzt. Gute deutsche Sprachkenntnisse seien wesentlich, Einsprachigkeit bedeute aber Identitätsverlust. Mehrsprachige Qualifikationen sollten besser genutzt werden. Selbstorganisation von Migranten werde ebenso weiter gefördert wie Antidiskriminierungsprojekte.

Ministerin Ilse Brusis (SPD) hielt ein klares Bekenntnis zur Integration von Zuwanderern für wichtig und begrüßte die beabsichtigte Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Die Landesregierung wolle Teilhabechancen für Zugewanderte auf allen Ebenen verbessern, Hindernisse abbauen und ein Bewußtsein von Toleranz und Akzeptanz. 1999 würden wieder Projekte zur friedlichen Konfliktregelung in Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil gefördert. Der neue Haushalt sichere eine Vielzahl von praktischen Integrationshilfen.



Gegen die Arbeitslosigkeit: v.l. Hermann-Josef Arentz (CDU), Horst Vöge (SPD), Daniel Kreutz (GRÜNE) und Arbeitsministerin Ilse Brusis (SPD).
Fotos: Schälte

Innen- und Justizminister, Arbeit und Soziales an den Bauchladen von Frau Brusis: Stadtentwicklung, Sport, Kultur, Arbeit und Soziales! Man sehe sofort, wie das zusammengehöre. Jugend, Familie und Gesundheit ans Frauenministerium, damit das Ministerium überhaupt noch darstellbar sei. Offensichtlich sei die Kabinettsreform hier nach dem Motto gemacht worden: Man reiße auseinander, was zusammengehöre. Man knalle zusammen, was überhaupt nicht zusammengehöre.

Horst Vöge (SPD) erklärte, die präventive Arbeitsmarktpolitik sei weiterhin wichtigster Schwerpunkt der aktiven Arbeitsmarktpolitik in NRW. Dem Bund habe man in der Vergangenheit diesen deutlichen Schwerpunkt nun einmal nicht unterstellen können. Um so mehr begrüße man die Ankündigung von Bundesarbeitsminister Walter Riester,

schütterung über das, was Herr Schröder zu den 620-Mark-Jobs vorgetragen habe. Es herrsche Empörung darüber, daß die Herren Clement und Steinbrück gegen Oskar Lafontaine Front machten, um auf der Linie der abgewählten Regierung den Arbeitgebern neue Entlastungen zu besorgen.

Arbeitsministerin Ilse Brusis (SPD) bekräftigte, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit stehe auch 1999 im Mittelpunkt der Arbeit der Landesregierung. 821 820 Arbeitslose im November in NRW – das bedeute einen leichten, im wesentlichen saisonbedingten Anstieg gegenüber Oktober, aber positiv sei ein Minus von über 43 000 gegenüber dem Vorjahr. Die Ministerin ging auf das Programm des Landes „Jugend in Arbeit“ ein. Es sei bereits ein Bündnis für Arbeit in einem Teilsegment des Arbeitsmarktes. Mit dem Projekt sei

Stadtentwicklung

Bernd Schulte (CDU) kritisierte, die Aufstockung der Stadterneuerungsmittel im Etat sei nur auf Verrechnungen im kommunalen Finanzausgleich zurückzuführen. Rot-Grün habe die – vom Finanzminister zuvor gesenkten – Verpflichtungsermächtigung wieder angehoben, um sich gegenüber Kommunen und Bauindustrie den Anschein zu geben, bauwirtschaftlich relevante Investitionsmittel würden nicht zurückgefahren. Im übrigen fahre die Landesregierung – siehe Pläne Hauptbahnhof Dortmund – fort, Prestigeobjekte (Schulte: „Mit eingebauter Vorprogrammierung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse“) zu fördern. Hier würden „Glitzerwelten“ geschaffen, die andere, ländliche Regionen zu „Aschenputtelstandorten“ werden ließen.

Adolf Retz (SPD) erinnerte daran, die Landesregierung habe die Stadtentwicklung in den letzten 20 Jahren mit elf Milliarden gefördert. Städtebauförderung sei ein Motor für den Arbeitsmarkt und stärke wesentlich die Auftragslage der Bauindustrie. Stadterneuerungsprojekte seien zudem ein geeignetes Instrument für Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Die Städtebauförderung unterstütze den Strukturwandel im Lande in vielfältiger Weise und Sorge für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. In Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf habe Städtebauförderung stabilisierende Effekte. Die Mittel helfen den Kommunen, langfristig zu planen und Konzepte umzusetzen. Der Städtebau im Lande stehe „auf soliden Füßen“.

Annette Paschke-Lehmann (GRÜNE) urteilte, im Lande würden die Herausforderungen von Strukturwandel und Nachhaltigkeit angenommen und in praktische Politik umgesetzt. Das geschehe in einem aktiven Prozeß mit den Kommunen. Den geplanten Hauptbahnhof in Dortmund („Ufo“) gelte es zu prüfen. Der Grundsatz Wohnen, Arbeit und Freizeit zusammenzuführen, müsse im Interesse eines Endes der Zersiedelung verteidigt werden. In der Entwicklungspolitik des Landes gehe es nicht nur ums bloße Alltagsgeschäft, darüber hinaus müßten Perspektiven vorangebracht werden.

Stadtentwicklungsministerin Ilse Brusis (SPD) endete mit der Zusage, „die Stadtentwicklungspolitik in unserem Land wird auch im nächsten Jahr im Zeichen von Kooperation und Konsenssuche stehen. Mit dem vorliegenden Haushalt ist dafür eine solide finanzielle Basis gegeben“. Es würden die Innenstädte und Nebenzentren gestärkt und damit eine zukunftsfähige, vitale Stadt gefördert. Zukunftsstandorte würden ebenso gefördert wie Altstandorte, das historische Erbe werde bewahrt und regionale Entwicklungen würden unterstützt. So bleibe Stadterneuerung und Städtebauförderung auch in Zukunft eine „vordringliche, gemeinsame und langfristige öffentliche Aufgabe. Dazu müsse es gelingen, die Investitionsquote im Landshaushalt zu stabilisieren, denn sonst werde eine aktiv gestaltende Politik in Frage gestellt. Die Ministerin teilte mit, den Städten und Gemeinden könnten im nächsten Jahr mit nahezu 310 Millionen Mark Städtebaufördermitteln rechnen. Seit



Ihren Weihnachtsempfang hat die CDU-Fraktion mit einer Vernissage verbunden. Sie beging ihre festliche Veranstaltung mit der Eröffnung der Ausstellung „Neue Grafiken“ des freischaffenden Malers Wolfgang Nocke aus Recklinghausen. Nocke, 1960 in Linnich geboren, hat die Fachoberschule für Gestaltung in Recklinghausen besucht und an der freien Kunstschule „Pyramide“ in Düsseldorf studiert. Seine Malerstudien setzte er bei Professor Ernst Fuchs in Wien sowie bei Professor Martinz an der Wiener Kunstschule fort. In Wolfgang Nockes Arbeiten sind Spiel und Spieltrieb Antriebsmomente des künstlerischen Schaffens. Das Bild zeigt den CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Helmut Linssen (r.) sowie den stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Lothar Hegemann (l.) mit dem Künstler (M.) und seinem Bild „Traumhaftes Düsseldorf“. Foto: Schälte

1971 belaufe sich die gesamte Summe auf 17 Milliarden, mit denen es gelungen sei, ein Investitionsvolumen von rund 140 Milliarden anzustoßen.

Kultur

Richard Blömer (CDU) vermochte im Kulturetat des kommenden Jahres keine Überraschungen zu erkennen: Keine eigenständige Landeskulturpolitik oder besondere Initiativen, keine Signale in die eine oder andere Kunstsparte und keine neuen Zielsetzungen. Das sei „kleinkarierte Selbstbescheidung“ der Landesregierung, betonte er und kritisierte deren Versuche, den Kommunen immer mehr den kulturstaatlichen Verfassungsauftrag zuzuweisen. Angesichts der Verteilungskämpfe der letzten Jahre, die auch die Kultur einbezogen hätten, sei es erforderlich, „daß wir uns wieder auf die primäre Bedeutung, den primären Nutzen von Kunst und Kultur als Katalysator für gesellschaftliche Entwicklung besinnen“. Aber die Landesregierung reduzierte Kulturpolitik auf ihren Sekundärnutzen als Wirtschaftsfaktor. Das laufe dann auf Filmförderung, spektakuläre Festivals und Vergnügungsparks hinaus. Dafür werde dann versucht, die Mittel für die Kultursekretariate zu kürzen. Die Theaterförderung stehe weit hinter der Filmförderung zurück, über die Zentralisierung des Büchereiangebots würden kirchliche Büchereiarbeit und die Büchereien in Klein- und Mittelstädten in den Ruin getrieben. Die großartige Leistung auf dem Gebiet der Laienmusik werde nicht honoriert. Kurz: Der Kulturetat werde dem Kulturland NRW nicht gerecht.

Jarka Pazdziora-Merk (SPD) fand dagegen, die Kultur im Lande habe auch im kommenden Jahr hervorragende Voraussetzungen für ihre Aufgaben. Wörtlich: „Wir sind stolz auf die Kulturszene in Nordrhein-Westfalen. Trotz aller Unkenrufe ist die Stimmung bei denjenigen, die Kultur machen, durchaus positiv, und es wird anerkannt, daß es gelungen ist, finanzielle Einschnitte zu verhindern.“ Zusammen mit der GRÜNEN

Fraktion sei es der SPD im Zuge der Haushaltsberatungen gelungen, die Kulturarbeit im Lande zu erhalten und auszubauen.

Brigitte Schumann (GRÜNE) vermochte keine Hinweise auf die verstärkte Förderung von Musicals und auf die behauptete resignative Stimmung unter den Kulturschaffenden im Lande festzustellen. In kollegialer Zusammenarbeit hätten GRÜNE und SPD die Rücknahme der Mittelkürzungen an die Kultursekretariate erreicht. Es sei im Haushalt eine Titelgruppe Frauenkultur eingeführt worden. Der Ansatz für die Bibliotheken sei gehalten worden. Sie richtete an Ministerpräsident und Wirtschaftsminister die Anregung, Start-Programme für die Selbstständigkeit von Künstlerinnen und Künstlern aufzulegen. Sie forderte Anstrengungen bei der Förderung der Erinnerungskultur an die NS-Gewaltherrschaft.

Kulturministerin Ilse Brusis (SPD) stellte fest: „Erfolgreiche Kulturpolitik gerade in Zeiten der Haushaltskonsolidierung heißt, den Diskurs auf vielen Ebenen zu führen und voranzutreiben, heißt, Chancen auszuloten und zu ergreifen, wo sie sich bieten, und Nordrhein-Westfalen so als Kulturlandschaft herauszuheben – im Bund im Vergleich mit den Ländern und in Europa im Vergleich der Regionen.“ Dafür biete der Kulturhaushalt insgesamt gute Voraussetzungen. Er entspreche in wesentlichen Teilen den Ansätzen des zu Ende gehenden Haushaltsjahres, „und er weist an einigen Stellen sogar Verbesserungen aus“. Für die Einrichtungen und Künstler im Lande sei im Moment nichts so wichtig wie Kontinuität. Die Leitlinien für das kommende Jahr hießen Konzentration auf wesentliche Projekte – Qualität vor Quantität. Der zweite kulturpolitische Leitsatz laute: Die Erhöhung von Ansätzen muß aus kulturpolitischer Sicht sinnvolle Akzentsetzungen bewirken, Impulse setzen, Flagge zeigen. Als Beispiel dafür nannte die Ministerin den Umbau des Ständehauses. Sie dankte zum Schluß den Kulturschaffenden und den im Kulturbetrieb Tätigen für ihren hohen Einsatz.

Ausschuß begrüßt Aufbruch bei Verwaltungsreform

Landesregierung legt Tempo vor

In der Sitzung des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform am 2. Dezember unter Vorsitz von Renate Drewke (SPD) erläuterte der Minister für Inneres und Justiz, Dr. Fritz Behrens (SPD), sein von der Landesregierung gebilligtes Eckpunkte-Papier zur Verwaltungsmodernisierung in NRW. Darin sind die Ziele und Instrumente einer umfassenden Regierungs-, Verwaltungs- und Justizreform beschrieben und die Reformfelder

- konsequente Aufgabenkritik und Vorschrittenüberprüfung,
- Binnenmodernisierung der Behörden und Einrichtungen,
- Optimierung des Verwaltungsaufbaus und der Behördenstrukturen sowie
- Unterstützung der Kommunen in ihren Reformbemühungen dargelegt.

Das Kabinett, so der Minister, hat am 1. Dezember 1998 einen Beschluß gefaßt, der in wesentlichen Teilen kurzfristig umgesetzt werden soll. Demnach erfolgt die Steuerung des Modernisierungsprozesses bezogen auf die gesamte Landesverwaltung durch das Kabinett, begleitet durch einen Arbeitsstab, dessen Mitglieder (neun aus den Fachressorts und drei externe Mitarbeiter – Wissenschaftler, Verwaltungspraktiker und Unternehmensberater) bis zur Kabinettsitzung am 15. 12. 98 benannt werden sollen. Daneben wird es eine Lenkungsgruppe (wahrscheinlich die Staatssekretäre der Ressorts) geben.

Der Arbeitsstab wird dem Ministerpräsidenten und dem Minister für Inneres und Justiz unterstellt, organisiert sich aber selbst. Die Ressorts sollen bis zum 15. 12. 98 Vor-

schläge zur Aufgabenverlagerung vorlegen. Der Minister für Inneres und Justiz wird zum 15. 12. 98 dem Kabinett eine Beratungsunterlage in Form des Entwurfs eines 1. Gesetzes zur Modernisierung der Landesverwaltung – Artikelgesetz – vorlegen, das bis zur Sommerpause 1999 verabschiedet werden soll. Ein weiteres Gesetz zur Modernisierung von Regierung, Verwaltung und Justiz soll bis Ende 1999 verabschiedet werden. Weiter werden Bundesratsinitiativen vorbereitet, um die notwendigen bundesrechtlichen Voraussetzungen für weitere Novellierungen zu schaffen. Schließlich werden ab sofort diejenigen Maßnahmen ergriffen, die durch Handeln der Landesregierung unmittelbar erledigt werden können.

Bei der angestrebten Verwaltungsreform geht es nach den Worten des Ministers nicht mehr nur um die mittlere Ebene, sondern um die gesamte Landesverwaltung bis zur untersten – örtlichen – Ebene. Vorschläge für Initiativen, die sich auf die Bundesebene beziehen, sollen die Ressorts bis zum Frühjahr 1999 vorlegen. In den jetzt beginnenden Gesprächen müßten auch die Frage der Einbeziehung der Politik, also der Fraktions- und Parteispitzen, der Kommunalen Spitzenverbände und der Personalvertretungen erörtert und weitere Vorklärungen herbeigeführt werden.

Hans Krings (SPD) begrüßte das neue Tempo und die vorgesehene konkrete Verfahrensweise, wobei er sich gewisse Gemeinsamkeiten wünscht und auch vorstellt. Franz-Josef Britz (CDU) stimmte dem zu und betonte, daß für seine Fraktion die vom

Minister vorgetragene Zeitkomponente eine entscheidende Rolle spielt. Nach der Kabinettsitzung hofft er zu erfahren, wie die Landesregierung weiter verfährt und wie sich die Koalitionsfraktionen dazu stellen. Ewald Groth (GRÜNE) mahnte, bei allem Tempo gelte es, den Reformprozeß qualitativ gut vorzubereiten. Dadurch sei in der Öffentlichkeit und bei den Betroffenen Vertrauen zu gewinnen und deutlich zu machen, daß der in Gang gesetzte Prozeß nun nicht mehr zu stoppen ist. Auch müsse es gelingen, die Beschäftigten auf die Seite der Reformwilligen zu bringen.

Jürgen Jentsch (SPD) sprach von „schwerem Wasser“, das es schon in naher Zukunft zu befahren gelte. Die Reaktion von Politik, Öffentlichkeit und Betroffenen bleibe nicht aus, und es sei zu überlegen, wie die Fraktionen gemeinsam mit den zu erwartenden Protesten umgehen sollten. Es gelte dann für alle, Standfestigkeit zu demonstrieren und an der heute geäußerten Zustimmung zum Gesamtkonzept festzuhalten. Auch Krings geht davon aus, daß allen ein „kräftiger Wind ins Gesicht blasen“ wird, gehe es doch auch um die Preisgabe von Besitzständen und die Aufgabe von Standorten. In Personalfragen gehe er dabei von sozialverträglichen Regelungen aus.

Ausschußvorsitzende Renate Drewke schlug vor, der Ausschuß solle die Umsetzung des Regierungskonzepts zum ständigen Beratungsthema der folgenden Sitzungen machen, sich immer über den neuesten Sachstand informieren und die dem Parlament zugedachte Rolle aktiv wahrnehmen. Der Minister fügte hinzu, daß die Ziele „Sparen – Effizienz und Effektivität“ ernsthaft verfolgt würden, ergebe sich aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und nicht zuletzt aus der Tatsache der Existenz des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform. *Wolfgang Fröhlecke*

Untersuchungsausschuß HDO

Fehlende Unterlagen

In mehrstündiger Sitzung vernahm der Untersuchungsausschuß „HDO“ am 9. Dezember erneut den Leitenden Ministerialrat Dr. Hans-Gerd Prodoehl (Staatskanzlei), der eingangs vom Vorsitzenden Laurenz Meyer (CDU) nochmals über strafrechtliche Folgen von Falschaussagen belehrt wurde. Bei der zweiten Vernehmung ging es vor allem um die Aussagegenehmigung, die Vollständigkeit der Aktenvorlage und das Zustandekommen des Zuwendungsbescheids vom Juni 1998. Laut einem Schreiben des Chefs der Staatskanzlei Frohn habe Ministerpräsident Clement wegen des Verdachts von Subventionsbetrug Strafanzeige gegen Verantwortliche bei der Filmproduktion „Cosmopolita“ und bei HDO erstattet, teilte Meyer mit.

Dr. Prodoehl berichtete zunächst, seine Aussagegenehmigung sei zeitlich nicht beschränkt (bis Februar 1998), soweit nicht die Sanierung („Neukonstruktion“) von HDO betroffen sei. Er bestätigte dann, daß er Anfang 1993 seinen Vorgesetzten vom Verdacht informiert habe, beim Teilhaber „EMG“ an der HDA-Beteiligungsgesellschaft handle es sich um eine PDS-„Geldwaschanlage“. Bis zum 8. September 1994 habe EMG 80 Pro-

zent der Anteile erworben. Er sei sehr besorgt gewesen und habe das Wirtschaftsministerium gewarnt.

Auf intensive Befragen mußte Dr. Prodoehl zugeben, daß die dem Untersuchungsausschuß von der Staatskanzlei übermittelten Akten nicht vollständig seien. Vermerke für die Information des Hauptausschusses habe er „nach Rückkoppelung“ im Haus für nicht vorlagepflichtig gehalten. „Sie haben alles abzuliefern, was nicht den Kernbereich des Regierungshandelns betrifft“, sagte Vorsitzender Meyer. Um die Aktenlage bei den Fraktionen zu vergleichen, wurde die Sitzung etwa eine Stunde unterbrochen. Im weiteren Verlauf der Vernehmung wurde bekannt, daß das Filmprojekt „Wasilisa die Schöne“ mit einem Kostenkonzept von 2,36 Millionen Mark außer vom NRW-Wirtschaftsministerium und von der NRW-Filmstiftung auch vom Bundesinnenministerium, der (Bundes-)Filmförderungsanstalt und von RTL bezuschußt werden sollte. Der Medienexperte der NRW-Staatskanzlei hielt das Projekt für außergewöhnlich und besonders förderungswürdig. Die Bearbeitung mit „special effects“, worum sich eine renommierte Münchner Firma mit einem Kostenangebot von 600 000 Mark bemüht habe, sollte trotz doppelt so hoher Kosten in Oberhausen erfolgen. Warum über das Zustandekommen des Zuwendungsbescheids in Höhe von 800 000 Mark Mitte Juni 1998 keinerlei schriftliche Unterlagen vorhanden

seien, begründete Dr. Prodoehl mit Hunderten von Filmen, die jährlich von ihm beurteilt werden müßten. Er räumte aber auch ein, daß es sich bei der Trickbearbeitung des Filmprojekts „Wasilisa“ um ein neuartiges Fördervorhaben handelte.

Frauenausschuß

Merkblatt Polizei: Strafanzeigen bei Gewalt

In der von Gerda Kieninger (SPD) geleiteten Sitzung des Ausschusses für Frauenpolitik trug Abteilungsleiterin Cornelia Prüfer-Storcks Einzelheiten des 2. Berichts der Landesregierung zum Thema „Gewalt gegen Frauen und sexueller Mißbrauch von Kindern“ (Vorlage 12/2220) vor, mit denen sich der Ausschuß im kommenden Jahr eingehend befassen will.

Sie teilte mit, Ende 1997 habe das Landeskriminalamt ein Merkblatt „Polizeiliches Einschreiten bei Gewalt in Beziehungen“ herausgegeben. Polizeibeamte im Einsatz sollten sensibilisiert und zu Strafanzeigen angehalten werden, weil abhängige Gewaltopfer häufig aus Angst darauf verzichteten.



Die Fachausschüsse sorgten mit Änderungsvorschlägen zum Haushaltsentwurf der Einzelpläne für viel Papier und starke Präsenz von Beamten aller Ressorts bei der Schlußberatung und Abstimmung im Haushaltsausschuß zur 2. Lesung.

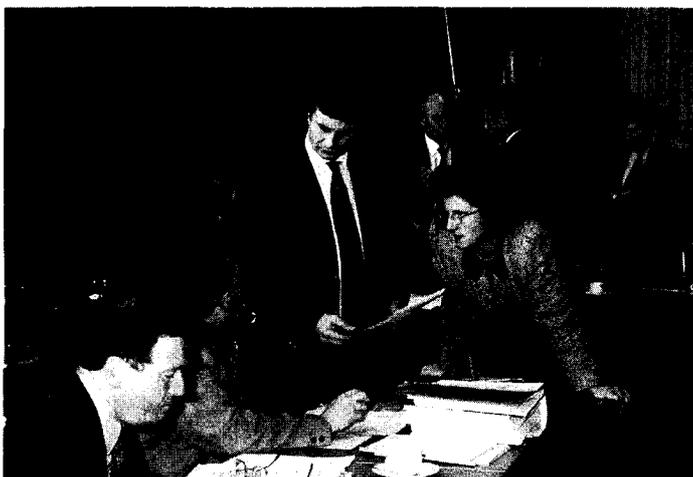
Unterausschußvorsitzender Peter Bensmann (CDU) warb vor der Abstimmung zur 2. Lesung vergeblich um Zustimmung von SPD und GRÜNEN zum Antrag seiner Fraktion, die Wiederbesetzungssperre aufzuheben, wenn Stellen durch Realisierung von „künftig-wegfallend“-Vermerken besetzt werden könnten. Damit wolle die CDU einen Anreiz zur schnelleren Umsetzung von kw-Vermerken schaffen, ergänzte Volkmar Klein (CDU). Das Finanzministerium hatte in einer Tischvorlage „zu hohen Verwaltungsaufwand“ dagegen geltend gemacht. Ernst-Martin Walsken (SPD) hielt das angestrebte Ziel für richtig, wies aber auf befürchtete erhebliche Konflikte in den Ressorts hin. Schon die Umsetzung nach Laufbahngruppen sei ein Fortschritt. Auch der CDU-Antrag „Erwirtschaftung der kw-Vermerke innerhalb des gesamten Einzelplans“ wurde dann von SPD und GRÜNEN abgelehnt. Bei den neuen Beihilfe-Regelungen (Selbstbeteiligung zur Kostendämpfung) stellte der Haushaltsausschuß sicher, daß Aufwendungen vor dem 1.1.1999 noch nach der alten Regelung abzurechnen sind. Im Rahmen der einzelplanübergreifenden Beratungen lehnten die Koalitionsfraktionen auch den CDU-Antrag ab, den Einnahme-Posten von 50 000 Mark für die Überlassung von Parkflächen aus dem

Schlußberatung über Haushaltstitel der Ressorts Kaum freie Mittel, dennoch viele Änderungen

Der Haushalts- und Finanzausschuß beriet in der von Leo Dautzenberg (CDU) geleiteten siebenstündigen Sitzung am 8. Dezember die in den Fachausschüssen geänderten Einzelpläne des Haushaltsentwurfs für 1999 zur 2. Lesung im Plenum. Der Unterausschuß Personal hatte am Vortag die Stellenpläne der Ressorts beraten. In der Schlußberatung und Abstimmung zur 3. Lesung am 14. Dezember befaßte sich der Haushaltsausschuß noch einmal mit den Kosten des Umzugs der Staatskanzlei in das Düsseldorfer Stadttor, den die Opposition für eine „gigantische Steuerverschwendung“ hält. Den nach den Parlamentsberatungen in zahlreichen Details veränderten, bei den Ausgaben jedoch nur um 1,8 Millionen Mark gegenüber dem Entwurf höheren Landeshaushalt 1999 mit einem Gesamtvolumen von 91 341 Millionen Mark nahm die Ausschlußmehrheit ebenso wie das Haushaltssicherungsgesetz zur 2. und 3. Lesung im Plenum an. Bei den stark umkämpften Einsparungen bei Schülerfahrtkosten setzten die Parlamentarier Ausnahmen durch, so daß Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf auch künftig Fahrtkosten zu privaten Einrichtungen erstattet werden.

Haushalt zu streichen, weil der Gesetzentwurf der Landesregierung über Parkraumbewirtschaftung zurückgezogen werde. Helmut Diegel (CDU) vermutete, es gehe nur noch darum, das Gesicht zu wahren. Robert Krumbain (SPD) erläuterte jedoch, mit dem neuen Gesetzentwurf werde den Behörden das Prinzip der Selbstverantwortlichkeit eingeräumt. Parkraumbewirtschaftung solle es nur noch dort geben, wo es sinnvoll sei und von den Mitarbeitern gewünscht werde. Die Anteile der Rennvereine an der Totalisatorsteuer senkte die Ausschlußmehrheit auf Antrag von SPD und GRÜNEN von 96 auf 93 Prozent, wodurch sich eine Einsparung von 1,65 Millionen Mark ergab. Helmut Diegel (CDU) trug Bedenken des Verbands der Rennvereine vor, die Selbstfinanzierung des Rennsports in NRW sei dadurch gefährdet und der Verband nicht mehr existenzfähig. Elf gemeinnützige Vereine sowie staatlich anerkannte Züchtervereinigungen mit 6 bis 7 000 Vollbluthengsten, bis zu 20 000 Arbeitsplätze sowie 3 000 kleine und mittlere Betriebe seien betroffen. Ein Vertreter des Landwirtschaftsministeriums erläuterte, elf Vereine führten die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungsprüfungen durch, was staatliche Organisation ersetze. Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) wies darauf hin, daß die NRW-Anteile im Ländervergleich bisher zu den höchsten gezählt hätten. Bei der Beratung des Einzelplans 20 (Allgemeine Finanzverwaltung) und Anträgen von

CDU sowie SPD/GRÜNE, globale Minderausgaben von 800 bzw. 44 Millionen Mark auszubringen, teilte Staatssekretär Ernst Gerlach mit, bei Lohn- und Einkommensteuern seien keine massiven Ausfälle zu erwarten. Das Land habe Bürgschaften über insgesamt 504,7 Millionen Mark übernommen. In 50 Fällen sei mit Inanspruchnahme und für 1999 mit Ausfällen in Höhe von 215 Millionen Mark zu rechnen. Die Probleme erstreckten sich über alle Branchen. Er sagte Helmut Diegel (CDU) zu, berechtigte Beschwerden über verschleppte Steuererstattungen konstruktiv aufgreifen zu wollen. Bei der Beratung des Haushaltssicherungsgesetzes kündigte Ernst-Martin Walsken (SPD) noch Anträge seiner Fraktion zur Ausbildung über den Bedarf in der Finanzverwaltung hinaus an. Eine entsprechende Vereinbarung zwischen Finanzministerium und der Steuergewerkschaft wurde von allen Fraktionen als Beitrag der Landesregierung zur Schaffung von Ausbildungsplätzen für gut befunden und bedauert, daß andere Ressorts Vergleichbares wegen schwieriger Anschlußverwendung nicht leisten könnten. Im Einzelplan 03 (Inneres und Justiz) stimmte der Haushaltsausschuß Mehrausgaben in Höhe von 6,3 Millionen Mark für zusätzliche Haftplätze und zum Abbau der Überbelegung im Justizvollzug zu. Mehreinnahmen in gleicher Höhe sollen aus dem Verkauf von Dienstwohnungen erzielt werden.



Gespräche vor Sitzungsbeginn, v.l. Winfried Schittges (CDU), Werner Hommen (CDU-Referent), Helmut Diegel (CDU-Sprecher), Gisela Meyer-Schiffer (SPD, stellvertretende Ausschlußvorsitzende), hinten r. Leo Dautzenberg (CDU, Vorsitzender); r. Bild v.r. Hans Verheyen (Referent der GRÜNE-Fraktion), Brigitte Herrmann und Dr. Stefan Bajohr (beide GRÜNE).



Fotos: Schälte

Sonderpädagogische Förderung III:**„Behinderte bereichern unser Leben und unsere Schulen“**

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung hat unter dem Vorsitz von Heinrich Meyers (CDU) Mitte vergangenen Monats eine Anhörung zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung in Schulen veranstaltet. — Damit beenden wir die Bericht-erstattung.

Peter Pape von der Hamburger Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung berichtete von den Erfahrungen mit integrativem Unterricht in der Hansestadt. In den integrativen Regelklassen mit Schülern mit Lern-, Sprach- und Verhaltensauffälligkeiten habe sich der Einsatz von Sonderpädagogen in der allgemeinen Schule mit unterschiedlichen Fachausbildungen außerordentlich positiv auf die allgemeine Schule insgesamt ausgewirkt. Die wohnortnahe Schule bewirke gute Erfolge im Leistungsbereich im Vergleich zu anderen Klassen. Es gebe auch wegen der umfassenden Beratung keine Flucht der Eltern weg von den „schlechten“ (mit...) zu den „sauberen“ (ohne lern- und verhaltensauffällige Kinder) Schulen. Pape: „Wichtig als Ergebnis: Wir haben nach der Klasse 4 keine Kinder mehr, die aufgrund ihrer Sprachbehinderungen nicht in die Sekundarstufe I hätten versetzt werden können.“ Anders bei den Schülern mit Lernbehinderungen; hier gebe es ein großes Problem, weil viele nicht in Klasse 5 versetzt werden könnten, weil sie zusätzlichen Förderbedarf hätten. Darunter sei die Hälfte ausländische Kinder, wie er ausdrücklich anmerkte: Darauf sei als Schwerpunkt explizit zu achten. Integrative Klassen sollten von Anfang an eine sonderpädagogische Ausstattung erhalten. Der Hamburger Rechnungshof habe angeregt zu prüfen, ob „wir nicht die Primarstufen der Sprach- und Lernbehindertenschulen in Hamburg schließen könnten“, denn beide Parallelsysteme seien auf Dauer nicht zu finanzieren. „Wir prüfen, ob wir einschneidend eingreifen können.“

Regierungsschuldirektorin Christine Pluhar vom schleswig-holsteinischen Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erwähnte, seit 1990 sei in ihrem Landesschulgesetz die Generalklausel enthalten, daß behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam unterrichtet werden sollten. Die Organisationsstruktur sei so geregelt, daß die Sonderschulen als Förderzentren die Integration der behinderten Schülerinnen und Schüler aller Schularten unterstützen. „Das bedeutet, daß alle Sonderschulen Förderzentren sind und drei Aufgaben zu erfüllen haben: Prävention, Integration und Unterricht in der Sonderschule, Prävention und Integration im vorschulischen Bereich beziehungsweise an den Schulen anderer Schularten“, sagte sie und ergänzte, „Organisationsformen der Integration in den allgemeinen Schulen sind im Schulgesetz nicht festgelegt; es gibt alle möglichen Varianten“. Das Förderzentrum

handele im Koordinierungsgespräch mit den Schulen im Einzugsbereich aus, in welcher Form dem Wunsch der Eltern nach Integration entsprochen werde: „Die Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein sehen vor, daß alle behinderten Kinder die gleiche sonderpädagogische Förderung erhalten, unabhängig vom Förderort.“ Wie die integrative Maßnahme organisiert werde, hänge von den Gegebenheiten an der Schule ab sowie der Kooperation mit dem Förderzentrum. Eltern könnten einen Förderausschuß beantragen, wenn sie mit dem Ergebnis des Koordinierungsgesprächs nicht einverstanden seien. Pluhar: „Seitdem wir dieses System fahren, gibt es kaum noch Widersprüche.“

Als betroffener Rollstuhlfahrer stellte Dr. Andreas Jürgens zum Thema fest: „Die Frage, ob und in welcher Weise eine integrierte oder separate Beschulung stattfindet, entscheidet für oder gegen Lebenschancen, entscheidet darüber, ob wir den behinderten Betroffenen Lebenschancen eröffnen oder ob wir sie ihnen vorenthalten.“ Seine Einschätzung sei, daß man auf dem Weg zu einer wirklichen weiteren Integration nur vorankomme, wenn die Sonderschulen zur Disposition gestellt würden; nach seinem Dafürhalten behinderten sie Integrationsfortschritte eher, als daß sie sie voranbrächten.

Ralf Dallmann vom Schulverwaltungsamt der Stadt Dortmund stellte fest: „Die Stadt Dortmund hält es für erforderlich, daß der Schulversuch, zieldifferenter gemeinsamer Unterricht in der Sekundarstufe I, quantitativ zumindest insoweit geöffnet wird, als allen Kindern, die derzeit am gemeinsamen Unterricht in der Grundschule teilnehmen, die Möglichkeit gegeben wird, ihre Schullaufbahn an einer Schule der Sekundarstufe I fortzusetzen.“ Alles andere werde als Bruch empfunden. Heinz Kriete vom Schulamt für den Kreis Lippe machte deutlich, die sonderpädagogische Fördergruppe sei unter bestimmten Bedingungen ein Modell sonderpädagogischer Förderung; „sie kann aber keineswegs das einzige und alternative Modell sein, sondern sie ist eine Möglichkeit neben der Förderung in Sonderschulen, neben der Förderung in den Standorten des gemeinsamen Unterrichts und auch neben den Möglichkeiten der Einzelintegration“. Michael Blümel vom Schulamt der Stadt Köln wies darauf hin, daß sich das verordnete Verfahren zur Entscheidung über den individuellen Förderort länger als dargestellt hinziehe. Er beklagte zudem, daß Köln — schon immer in einer Schrittmacherrolle in Sachen Integration — bei der Zuweisung zusätzlicher Lehrerstellen für den integrativen Unterricht Reduzierungen hinnehmen müsse, die dem tatsächlichen Förderumfang zuwiderliefen.

Dagmar Winheller von der Gesamtschule Bonn-Beuel sprach über den Gewinn, den gemeinsamer Unterricht mit sich bringt. So habe man erfahren, daß Integration zieldifferenter in der Sekundarstufe möglich sei — und das in Klassen, in denen „Gymnasiasten“ und geistig Behinderte sitzen. Der Umgang aller miteinander habe die Schule verändert: „Es gibt weniger ungebremst ausgelebte Aggression, weniger Vandalismus, es gibt eine Schulkultur, die von gegenseitiger selbstverständlicher Rücksichtnahme bestimmt ist.“ Die Schulamtsdirektorin vom Schulamt für den Kreis Wesel, Gisela Lücke-Deckert, empfahl, Förderzentren zum zentralen Entwicklungsmodell sonder-

pädagogischer Förderung zu erheben, wobei sie sich den Ausführungen der Sprecherin aus Schleswig-Holstein angeschlossen.

Gerhard Kühn vom Katholischen Büro NRW erklärte die Bereitschaft der katholischen Schulen in freier Trägerschaft, ohne zeitliche Einschränkung gerne bei der Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung ihre Erfahrungen einzubringen und ihre Fachkompetenz einzubringen. Er bat im übrigen darum, sich auf die behinderten jungen Menschen und Erwachsenen einzulassen, „die für uns, für unsere Gesellschaft so wertvoll sind“. Der Sprecher des Evangelischen Büros NRW, Sibrand Foerster, unterstützte die Förderung nach besserer Personalausstattung, das sei notwendig, um Überlastungen zu vermeiden. Die Kirchen waren und seien für die Integration; sie seien für einzelfallbezogene Integration und nicht für generelle Überleitung der Sonderschulen in das Normalsystem, „weil es Behinderungsformen gibt, die eine Integration unmöglich machen“. Er plädierte für Vereinfachungen im bürokratischen Bereich, etwa bei den Schülerfahrkosten und bei den Genehmigungen für langfristige Kooperationen. Auf evangelischer Seite gebe es verschiedene sinnvolle, effiziente und praktikable Konzepte, „die wir zur Umsetzung nicht nur vorschlagen können, sondern die auch aufgrund langer Erprobung und Praxis den Nachweis der Effizienz erbracht haben“.

Wolfgang Franz forderte für seine Organisation, den Verband Deutscher Sonderschulen, die Möglichkeit weiterer Organisationsformen sonderpädagogischer Förderung außerhalb von Schulversuchen zuzulassen. Das Festhalten an Behinderungs-typen sei inkonsequent und überholt. Die Bildung von Förderzentren sollte tatkräftig angegangen werden. Vom Landesverband zur Förderung Lernbehinderter NRW beklagte Hans-Georg Kallbhenn, Lernbehinderte säßen zwischen allen Stühlen. Angesichts der vierjährigen Grundschulpflicht im Lande hielt er die Abschaffung der Lernbehindertenschulen für nicht möglich, die sonderpädagogischen Fördergruppen seien in seinen Augen „Mogelpackungen“. Wenn hier die Lehrerstunden kontinuierlich verringert würden, sollte man nicht mehr von gemeinsamem Unterricht, sondern eher von „gemeinsamer Aufbewahrung“ sprechen.

Kältefrei

An zwei Kölner Gymnasien habe es vor kurzem „kältefrei“ gegeben, weil in den Schulräumen 16 oder 17 Grad Celsius geherrscht haben. Angesichts der Unsicherheit, wann die einzelne Schule „kältefrei“ geben könne und wann nicht, hat Brigitte Schumann (GRÜNE) den Vorfall zum Gegenstand einer Kleinen Anfrage gemacht. Schulministerin Gabriele Behler (SPD) erklärt, es habe sich um kurzfristige Vorfälle gehandelt, die in einer Umstellung der Heizungssteuerungen auf sparsamere Systeme gelegen hätten. „Sie resultierten nicht aus einer generellen Absenkung der Raumtemperaturen auf Weisung des Schulträgers, um auf diese Weise Heizkosten zu sparen.“ Im übrigen gelte die Arbeitsstättenverordnung zum Schutz der Beschäftigten auch für Schulen; der Schulträger müsse die darin vorgegebenen Raumtemperaturen sicherstellen (Drs. 12/3536 neu).

Kindertagesstätten:

Ausschuß stimmt neuer Verordnung zu

Die Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit (MFJFG), Birgit Fischer (SPD), hat dem Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung der Gruppenstärken und über die Betriebskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (Betriebskostenverordnung – BKVO) zur Zustimmung vorgelegt und um Zustimmung gebeten. Die wurde mehrheitlich gegen das Votum der CDU erteilt.

Die Ministerin erläuterte, das für eine Absenkung der Trägeranteile notwendige Einsparpotential werde nur erreicht, wenn die Förderung der Sach- und Personalkosten so, wie in der Änderungsverordnung vorgesehen, gestaltet würden. Die neue Verordnung soll – wie auch das Änderungsgesetz – zum 1. Januar 1999 in Kraft treten. In der Verordnung sei vorgesehen, die Förderung von Sachkosten auf sechs Pauschalen umzustellen und auf die Höhe der Rücklagen zu begrenzen. Die Höhe dieser Pauschalen sei in Verhandlungen mit den Trägerverbänden festgelegt worden. Der für 1999 eingesparte Betrag werde aber geringer ausfallen, weil das Personaltableau erst zum 1. August 1999, also zu Beginn des nächsten Kindergartenjahres, greifen soll. Die Übergangszeit sei notwendig, um den Trägern eine sozialverträgliche Anpassung des Personalstandes zu ermöglichen.

Nachfrageorientierung

Zukünftig solle der Personaleinsatz in den Tageseinrichtungen für Kinder aller Träger nachfrageorientiert erfolgen. Die Personaleinsatztabelle differenziere danach, wie viele Kinder in den Kindergartengruppen der Einrichtungen an den Nachmittagen regelmäßig anwesend seien.

Antonius Rüsenberg (CDU) machte auf Personalkosteneinsparungen aufmerksam, die kirchliche Träger bereits in den zurückliegenden Jahren erreicht hätten; diese Einsparpotentiale berücksichtige die BKVO keineswegs. Er kritisiere besonders die Formulierung des Verordnungsentwurfs, wonach bei Veränderungen der Zahl der zurückkehrenden Kinder und bei Überschreitung der maßgebenden Stundenzahl der Träger nur berechtigt, bei Unterschreitung aber verpflichtet sei, eine Personalanpassung vorzunehmen. Seine Fraktion spreche sich dafür aus, von einer Ermessensvorschrift abzusehen und statt dessen das Personal in jeglicher Hinsicht anzupassen.

Ute Koczy (GRÜNE) stellte fest, sie sehe in der Entkoppelung von Personal- und Sachkosten eine erhebliche Verbesserung. Allerdings dürften aus ihrer Sicht pädagogische Standards nicht vernachlässigt werden. Die Pluralität der Trägerlandschaft könne erhalten werden. Die gefundene Personaleinsatztabelle sei integraler Bestandteil und unterstütze den Konsens der Trägerlandschaft.



Die Abgeordneten Diamion Domash und Vladimir S. Basharimov des Parlaments der Republik Belarus (2. und 4. v. l.) aus Minsk haben den Landtag Nordrhein-Westfalen besucht und ein Gespräch über die neue, für die demokratische Entwicklung kritische Situation in Weißrußland geführt. An dem Gespräch nahmen die Abgeordneten Heinz Hardt, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion (r.), Sylvia Löhrmann, Parlamentarische Geschäftsführerin der GRÜNE-Fraktion (2. v. r.) sowie Gabriele Sikora (3. v. l.) teil. Links im Bild eine Dolmetscherin.

Foto: Schälte



Bernd Flessenkemper (SPD) konstatierte, die Träger könnten individuell und einrichtungsbezogen besser verfahren und ab dem 1. August 1999 konkret mit der vorgesehenen Stundentafel umgehen. Im Gegensatz zur CDU-Fraktion habe die SPD-Fraktion sich der Mühe unterzogen, die Kritik der Träger sachlich zu überprüfen. Nachvollziehen könne er, daß sich nicht jede Einrichtung bereits zum 1. August auf die veränderte Situation einlassen könne. Ziel sei es dennoch, eine erhöhte Flexibilität für die Träger, die dazu in der Lage seien, zu bewerkstelligen.

Jutta Appelt (CDU) stellte fest, daß eine Verschlechterung eingetreten sei, weil Vor- und Nachbereitungszeiten nicht mehr in dem gewohnten Umfang gegeben seien. Sie verlangte zudem, die anteilige Freistellung einer Leiterin nach der Erprobungsklausel im Gesetz festzuschreiben. Frank Schlichting

In einer Sondersitzung am vergangenen Mittwoch hat der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales unter seinem Vorsitzenden Bodo Champignon (SPD, r.) das Informationsgebahren in Zusammenhang mit der Flucht eines gerichtlich untergebrachten Patienten aus der Klinik Bedburg-Hau kritisch erörtert. Fast drei Stunden lang suchten die Abgeordneten Aufklärung darüber, warum der Landschaftsverband Rheinland die Meldung über diese Flucht erst einen Monat später an das zuständige Gesundheitsministerium gerichtet hat und warum versäumt worden ist, die parlamentarischen Obleute im Ausschuß zu unterrichten. Befragt wurden von den Ausschußmitgliedern Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD, Mitte) und der Direktor des Landschaftsverbandes, Ferdinand Esser (l.). Inzwischen ist der geflohene Täter, der in Holland einen Menschen getötet haben soll, von der Polizei festgenommen worden. Foto: Schälte

Die Bundestagswahl 1998 – Politikwissenschaftler ziehen Bilanz

Strategien des Wahlkampfes, Analysen der Wählerentscheidung und der Medienberichte, Perspektiven des Parteiensystems nach dem 27. September 1998, das waren die Themen einer Tagung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen zwei Monate nach der Bundestagswahl. Als Referenten hatte der Direktor der Akademie für Politische Bildung Professor Heinrich Oberreuter Wahlkampfexperten und prominente Wahl-, Medien- und Parteienforscher ins oberbayerische Tutzing eingeladen.

Gleich der erste Vortrag begeisterte das politisch interessierte Publikum. Bernd Schoppe, Abteilungsleiter beim Parteivorstand der SPD in Bonn, berichtete aus erster Hand und sehr offen von der Erfolgsstory des SPD-Bundestagswahlkampfes. Zwei Dinge waren diesmal anders als früher: die eigene Wahlkampfzentrale „Kampa“ und Multi-Professionalität von außen. Nicht mehr nur eine Agentur genüge heutzutage, sagte Schoppe. Aufträge an verschiedene Agenturen seien für die klassische Werbung, für das Veranstaltungsmarketing, die Mediaplanung usw. vergeben worden. Am Anfang wurden die Wahlforscher befragt und als Hindernisse für einen SPD-Sieg ausgemacht: Oppositionsmentalität, mangelnden Siegeswillen, das Trauma des Mannheimer Parteitags mit einer völlig zerstrittenen Parteispitze und das einseitige Profil einer nur für soziale Gerechtigkeit bekannten Partei mit erheblichem Modernitätsdefizit.

Der Wahlkampf wurde langfristig auf zwei Jahre angelegt. Das Motto „Wir sind bereit“ stand frühzeitig fest und wurde durchgehalten. Auch die Flagge „Innovation“ wurde frühzeitig gehißt. Die Strategen konzentrierten sich auf die „Gewinner-Themen“ der SPD, Schoppe: „Innere Sicherheit war nicht dabei.“ Der geforderte Wechsel wurde positiv formuliert, um die Rolle der Cassandra zu meiden: „Ein grundsätzlicher Wechsel hätte eher Ängste ausgelöst. Die SPD wollte den Veränderungsprozeß fair organisieren, denn die Leute hatten das Gefühl: Politik ist nicht mehr fair.“

„Aggressive CDU-Angriffe ließen wir einfach Leere laufen“, erzählte Schoppe. „Auf die politische Mitte haben wir uns einfach draufgesetzt.“ Richtig sei auch gewesen,

nur für die SPD zu werben und keine Koalitionsaussage zu machen. Ein Jahr lang habe die SPD fast ungestört ihre Botschaft verbreiten können: „16 Jahre Kohl sind genug.“ Und das alles, obwohl der Kanzlerkandidat noch gar nicht feststand. Schröder wurde es erst nach der Niedersachsenwahl im Frühjahr 1998.

Als spektakulär und erfolgreich führte Schoppe den Kinospot mit vier Raumfahrern für die Zielgruppe Jungwähler vor. Besonders gut gelungen sei auch die nur auf Bonner Journalisten zielende Plakataktion: 80 Prozent der auf drei großen Flächen vor der „Baracke“ geklebten, sonst nicht verwendeten Plakate seien als Berichtereignis angesehen und (kostenlos) in Medien abgebildet worden. Für Schröder-Plakate seien nur Reportage-Aufnahmen eines eigens engagierten Fotografen verwendet worden, das „Kanzler-Foto“ erst am Schluß des Wahlkampfes. Auch das Kalkül mit den „Kipp-Wahlkreisen“ sei aufgegangen; alle diese knappen Wahlkreise bis auf die der PDS und den Wahlkreis Münster seien gewonnen worden. Sowohl der Bundesrats-Blockade-Vorwurf der CDU als auch deren Zahlen über Schröders schlechtes Regieren in Niedersachsen seien als Schüsse nach hinten losgegangen. Der normale Wähler durchschaue solche „Zahlenspiele“ nicht. Bereits im Juni wußte Schoppe, daß die SPD die Wahl gewinnt, als nämlich nach der Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt eine Neuauflage der Rote-Socken-Kampagne der CDU wirkungslos verpuffte. Die letzte Hürde, den CSU-Sieg bei der Bayernwahl, half CDU-Ministerin Claudia Nolte überwinden. Durch gezielte „Feindbeobachtung“ war die SPD ihrer Mehrwertsteuer-

Ankündigung auf die Spur gekommen. Als Schröder ncminiert war, habe die CDU ihre Siegeserwartung verloren, berichtete Klaus Preschle, Abteilungsleiter im CDU-Bundesvorstand. Von den Strategien der Verliererpartei war nur wenig erfolgreich. Daß die Wahl spannend wurde, hielt Preschle für einen Erfolg des CDU-Wahlkampfes. Ferner hätten die Rote-Hände-Plakate mit „Aufpassen Deutschland!“ Zweifel an Schröders Demokratie-Treue erzeugt und, daß die Mehrheit Rot-Grün nicht wollte. Zu spät im Wah-jahr sei Kohl und der CDU die Wirtschaftskompetenz wieder zuge wachsen, nachdem monatelang „unser Aufschwung kommt“ angekündigt worden sei. Das Überhol-Manöver von 1994 sei nicht noch einmal gelungen.

„Warum hat es nicht gereicht?“ fragte der CDU-Wahlkampforrganisator und blieb dem Publikum die Antwort schuldig. Beratung durch Externe habe auch bei der CDU eine lange Tradition. Demoskopen, Werbefachleute, Mediensachverständige seien bei Strategieberatungen immer dabei gewesen. Im übrigen gebe es kein Wahlkampf-Detail, das von Kanzler Kohl nicht persönlich „abgesegnet“ gewesen sei. Warum hat Kohl noch einmal kandidiert? war die große Frage, die aber niemand zu stellen, geschweige denn zu beantworten wagte.

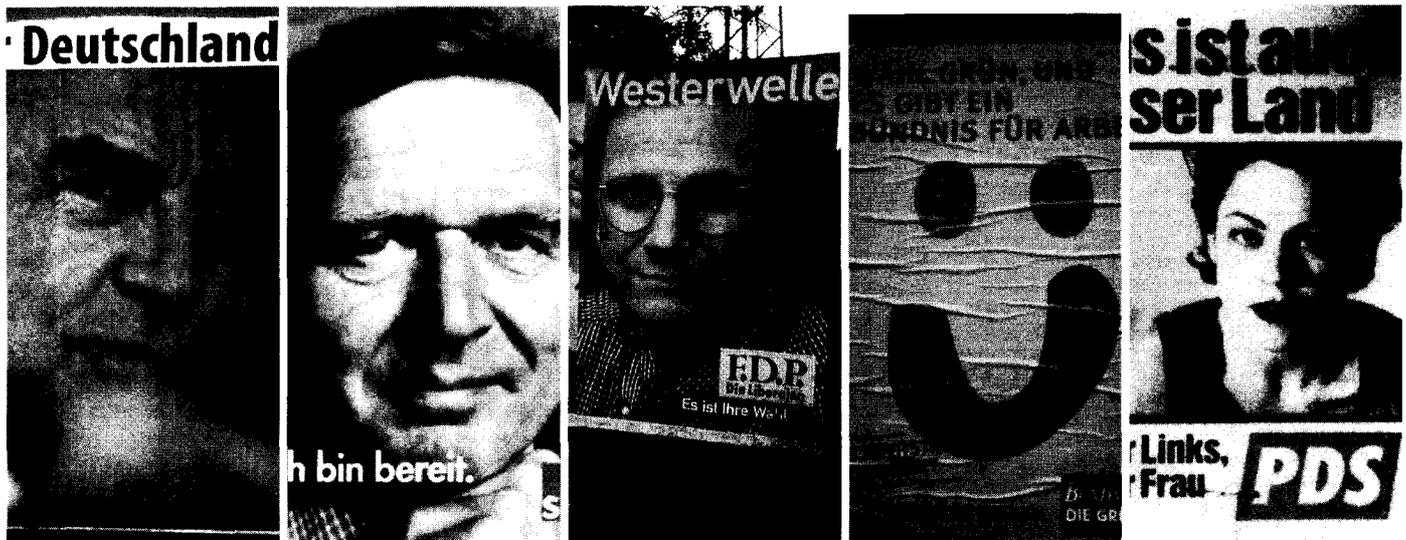
Etwas deutlicher wurde Wolfgang Gibowski, ehemaliger stellvertretender Chef des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, inzwischen von der neuen Mehrheit entlassen. Der Regierung sei ab 1996 nicht mehr viel gelungen. Die Reformvorhaben seien zu spät gekommen. Ihre Wahlkampf-Konzeption sei falsch, zu wenig an Wechselwähler gerichtet gewesen und Kohl hätte mehr mit Sachthemen und „Mannschaft“ verbunden werden müssen. Schröder habe den Ablösungsprozeß von Kohl helfend unterstützt. Es sei kein Zweikampf, sondern ein Volksentscheid über Kohl gewesen.

Anstelle des CDU-Manns antwortete SPD-Schoppe auf Fragen, warum die CDU so unprofessionell vorgegangen sei: ein „Schuß Arroganz“ sei da gewesen. Die Regierungstermine im Sommer, EU-Gipfel, Parteitag, Sachsen-Anhalt hätten es bringen sollen. Doch der EU-Kongreß sei ein Reifall gewesen. Der Vorwurf aus dem Publikum, solche Politik-Inszenierung mit „instrumentalisierter“ Großer Koalition wie bei der SPD sei Zynismus, prallte an Schoppe ab. Da sei nichts Anstößiges. Professionelle Werbung schließe ein gutes Programm und glaubwürdige Personen nicht aus. Nur durch radikales Reduzieren politischer Inhalte sei die Mehrheit zu gewinnen, erwiderte er auf den akademischen Vorhalt, die SPD sei besonders erfolgreich bei den politisch Desinteressierten gewesen. Die Desinteressierten seien nicht unpolitisch. Es sei ein Fehler, Wahlkampf nach politisch Interessierten zu konzipieren.

Einen „flächendeckenden“ SPD-Sieg ermittelte ein Meinungsforscher von Infratest. Die SPD sei seit dem 27. September stärkste Partei in allen Ländern außer in Brandenburg, in allen Altersgruppen außer den über 60jährigen, in allen Berufsgruppen außer bei den Selbständigen. 1,4 Millionen Wähler seien direkt von der CDU zur SPD gewechselt, vor allem Männer, mittlere Altersgruppen, Facharbeiter und Angestellte.



Zum Gedenken an den verstorbenen Politiker Klaus Matthiesen, dem ehemaligen Vorsitzenden der SPD-Fraktion, haben sich die Abgeordneten am 10. Dezember im Plenum des Landtags zu einer Schweigeminute erhoben.
Foto: Schälte



Bundestagswahlen sorgen auch für intensive Beschäftigung in den Politik- und Kommunikationswissenschaften, hier Plakate der fünf in den Bundestag gewählten Parteien aus dem Bundestagswahlkampf 1998.

Zufriedene Wähler – ratlose Forscher

Echte Neuigkeiten 1998: Regierung abgewählt, CDU unter 40 Prozent, FDP nicht in der Regierung vertreten, Rot-grün in Bonn, GRÜNE in der Bundesregierung, die PDS als Fraktion im Bundestag, die PDS als Regierungspartner in Mecklenburg.

Mit Dr. Renate Köcher vom Allensbacher Institut für Demoskopie saß eine Siegerin im Wettstreit der Vorhersagen auf dem Podium. Ihr Institut habe die 12. korrekte Prognose in Folge abgeliefert, sagte sie und las aus Umfragen nach der Wahl ein Triumph-Gefühl beim Wähler ab, Macht ausgeübt, etwas auf den Kopf gestellt, einen tiefgreifenden Wandel herbeigeführt zu haben. Die Wähler hätten zudem aus vollster Überzeugung abgestimmt, nicht mehr wie früher zwischen zwei Übeln gewählt. Das sei für die Demokratie wie eine Kur. 48 Prozent seien mit dem Ergebnis zufrieden, nur 37 Prozent hätten ein anderes Ergebnis lieber gehabt. Rot-grün sei nicht die Wunschkoalition der Mehrheit gewesen. Aber zwei Wochen später hätten sie laut der Umfrage nicht anders gewählt. In den neuen Ländern seien 43 Prozent für einen „dritten Weg“ (zwischen Sozialismus und Kapitalismus) mit einem starken, eingreifenden Staat. Frau Köcher hielt das von Lafontaine intonierte Wahlmotiv „Gerechtigkeitslücke“ für einen Treffer, den die Bilanz-Pressekonferenzen der Großfirmen mit Milliarden Gewinnen bei gleichzeitigem Arbeitsplatzabbau nur noch verstärkt hätten. Im übrigen hätten Lafontaine und Schröder sich perfekt ergänzt, Lafontaine habe für soziale Gerechtigkeit gestanden, Schröder als „Sedativum“ gewirkt. Bereitwillig gab Frau Köcher Auskunft über die Erhebungsmethoden ihres Instituts, doch das Geheimnis des Erfolgs wurde nur erahnt.

Die SPD habe auf der ganzen Linie bessere Medien gehabt als die CDU, war von den Kommunikationsforschern zu hören. Wenigfernseher hätten Kohl größere Kompetenz zugeschrieben, Vielfernseher dagegen Schröder. Viel wichtiger als Kompetenz sei Wählern aber der subjektive Fernseheindruck, in dem sie ihre Alltagserfahrungen verarbeiteten. Eine Mainzer Forscherin hatte Wahlwerbespots untersucht. Die Sen-

dezeit in den öffentlich-rechtlichen Anstalten sei auf 1½ Minuten zusammengeschnitten, bei den Privatsendern würden Wahlspots noch hektischer, im Durchschnitt aller Parteien nur noch 41 Sekunden. SPD und CDU hätten bei den Privaten Werbezeiten gekauft, die SPD bei vier Sendern 77 Spots von je 45 Sekunden Länge. Die Frage nach den Kosten des Wahlkampfes interessierte übrigens in Tutzing nicht.

Kommunikationsforscher Siegfried Weischenberg aus Münster hielt sich mit skeptischen Bemerkungen am wenigsten zurück. Für ihn sei dieser Wahlkampf „zwischen Amerika und Bermuda“ anzusiedeln. Politisches werde trivialisiert, Grenzverletzungen von „Spindoctors“ gefährdeten den politischen Diskurs. Durch Entertainingisierung und imagebildende Kraftmeierei gehe der letzte Rest von Glaubwürdigkeit verloren. Journalisten jubelten hoch, machten aber auch nieder. Medien seien wie Zirkusdirektoren. Clinton, Blair und Schröder seien für sie „gefragte Clowns“.

Wie geht es weiter mit der deutschen Politik? Das war die Frage, die vor allem den Parteienforschern gestellt war. Das deutsche Parteiensystem habe am 27. September hohe Stabilität, gleichzeitig aber auch Instabilität erwiesen, hieß es. 76 Prozent aller Wähler hätten die Volksparteien, aber 25 Prozent hätten anders als vorher gewählt. Die Wähler seien mobil, blieben kritisch distanziert und könnten sich auch wieder anders entscheiden. FDP und GRÜNE wurden nach dieser Wahl als Westparteien, die PDS als Ostpartei bezeichnet.

Über künftiges Wahlverhalten äußerten sich die Wissenschaftler vorsichtig und etwas ratlos. Die CDU sah Professor Hans-Joachim Veen (Konrad-Adenauer-Stiftung) „in Richtung GRÜNE laufen“, zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, während andere Politologen eher den Weg mehr nach rechts für möglich hielten. Veen sah eine Nische für die FDP mit einem ordoliberalen Potential von fünf bis zehn Prozent. Der als PDS-Experte bekannte Extremismus-Forscher Patrick Moreau (Universität Straßburg) stellte die neuen Mehrheiten in den europäischen Kontext mit dem gelun-

gen „Spagat“ der Kommunisten zwischen Regierungsbeteiligung und (regionaler) Opposition.

Professor Jürgen Falter (Universität Mainz) wollte eigentlich seine Erkenntnisse über zwei völlig unterschiedliche „SPD-Elektorate“ vortragen: über die SPD-Befürworter einer Großen Koalition und über Rot-grün-SPD-Wähler. Aber die Tagungsregie sah das nicht vor, und das enttäuschte Auditorium mußte sich mit den aus Funk und Fernsehen bereits weitgehend bekannten Analysen des unterschiedlichen Wahlverhaltens in den alten und den neuen Ländern begnügen: weniger Bindung an Parteien, sehr mobil. Etwa die Hälfte der Wähler seien gar nicht zufrieden mit der SPD, meinte er. Andererseits könne nur der SPD der große Modernisierungsbedarf gelingen, der mit tiefgreifenden Einschnitten und sozialem Abbau verbunden sei. Tagungsleiter Oberreuter faßte zusammen, die neue Beweglichkeit des Wählers könne Probleme bringen, und hielt sich angesichts früherer Irrtümer der Politikwissenschaft mit Vorhersagen über neue parteipolitische Landschaften zurück.

Ein Schwarzer Peter wurde aber doch weitergereicht. Professor Mathias Kepplinger (Universität Mainz) stellte ein umfangreiches Forschungsprojekt über die (wahl)politische Berichterstattung in sieben Tageszeitungen, fünf Fernseh- und mehreren Rundfunksendern vor. Die „quantitative Inhaltsanalyse“ soll dem vielfach beklagten Medieneinfluß auf die Politik eine nachprüfbar empirische Basis verschaffen. Der „Flugsand“ des politischen Interesses, das oberflächlich informierte Wählervolk denkt den Analysen zufolge so: 1. Die Regierung ist schuld. 2. Die Regierung ist zuständig. 3. Bei Konflikten hat das Individuum Vorrang. Folglich würden individuelle Ansprüche stärker, die Perspektive der Leistungskraft des Systems weniger gewichtet. Das Raster „Eigennutz vor Gemeinwohl“ sei durch die Wahlkampfberichterstattung verstärkt worden: Je näher der Wahltag, desto mehr hätten die Journalisten über individuelle Ansprüche von einzelnen berichtet. Problem der SPD sei es nun, nicht zuletzt mit Geld-Erwartungen gewählt worden zu sein. *mmg*

SPD-Fraktion

Stellplatzbewirtschaftung nicht gegen die Bediensteten

„Stellplatzbewirtschaftung wird dort eingeführt, wo sie sinnvoll ist oder wo die Mitarbeiter von Landesbehörden dies wünschen; und sie muß die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigen.“ Mit diesen Worten kommentierte der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion, Heinz Hunger, den Beschluß der SPD-Landtagsfraktion. Zur Erleichterung einer möglichen Einführung der Stellplatzbewirtschaftung solle die Landesregierung kurzfristig eine Informationsbrochure erstellen. Sie solle dann den Dienststellen und Personalräten zur Verfügung gestellt werden. „Stellplatzbewirtschaftung kann nicht gegen die Bediensteten eingeführt werden“, stellte Hunger fest. Beispielhaft solle die Landesregierung zwei Umsetzungskonzepte (ein Beispiel aus dem ländlichen Raum und ein Beispiel aus dem Ballungsraum) unterstützen und begleiten.

Im heute von der SPD-Fraktion beschlossenen Antragstext heißt es: „Bei den betroffenen Dienststellen, den Personalräten und den einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern müssen Informationsdefizite und Vorbehalte abgebaut werden. Dies betrifft sowohl die Einführung von Stellplatzbewirtschaftungskonzepten wie auch die Einführung des Jobtickets. Ein wesentlicher Grund für Vorbehalte von Beschäftigten und Personalvertretungen ist die ungenügende Information der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Angebote der Öffentlichen Verkehrsunternehmen. Ebenso scheinen bei der Vermittlung der Ziele der Landesregierung Defizite zu bestehen, die es auszuräumen gilt.“

In einem zweiten Antrag (Neufassung des Landesreisekostengesetzes), der ebenfalls in der nächsten Woche vom Landtag verabschiedet werden soll, heißt es zur Stellplatzbewirtschaftung: „Zur Stärkung der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und zur Entlastung der Straßenverkehrs- und Parkraumsituation, insbesondere in den Ballungsräumen, unterstützen die Obersten Landesbehörden in ihrem Zuständigkeitsbereich Maßnahmen, die Beschäftigte und regelmäßige Nutzer zur Inanspruchnahme von öffentlichen Verkehrsmitteln veranlassen. Dazu gehört insbesondere der Abschluß von Verträgen über rabattierte Leistungen mit den Anbietern des Öffentlichen Personennahverkehrs.“

★

„Die Förderung der Heil- und Kurorte in Nordrhein-Westfalen erfolgt auch 1999 auf hohem Niveau.“ Das erklärte die kurpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Ina Meise-Laukamp. Sie führte aus, daß das Land für die Kurorte und Heilbäder im kommenden Haushaltsjahr, zusätzlich zu den zehn Millionen Mark aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz, weitere Mittel zur Standortsicherung und zur Förderung innovativer Gesundheitsmaßnahmen bereitstelle, und zwar nochmals bis zu zehn Millionen Mark.

Damit sollen, so Meise-Laukamp, in den von der Strukturkrise besonders betroffenen Kurgemeinden gezielt Innovationen im Gesundheitsbereich gefördert und so die Attraktivität der Standorte gesichert und gestärkt werden. „Viele Kurorte in unserem Land haben in den vergangenen Jahren bereits begonnen, mit innovativen Ideen im Bereich der Rehabilitation und der Vorsorge ihr Leistungsangebot zu erhöhen“, erklärte Meise-Laukamp. Mit den zehn Millionen Mark Sondermitteln aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz und den zehn Millionen Mark Innovationsfördergeldern unterstütze das Land die Anstrengungen der Kurorte.

CDU-Fraktion

Mehr Integration, weniger Zuwanderung

„Zum besseren Miteinander mit unseren ausländischen Mitbürgern brauchen wir mehr Integration und weniger Zuwanderung.“ Dies erklärte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion NRW, Dr. Helmut Linssen. „Zu den Integrationsbeiträgen, die wir Deutschen leisten können, gehören zum Beispiel ausreichende Angebote an Sprachunterricht und die intensiven Bemühungen der Städteplaner und Kommunalverwaltungen, die Bildung von Ausländergettos zu verhindern“, stellte der CDU-Politiker fest. „Integration kann aber nur funktionieren, wenn wir weniger Zuwanderung als bisher zulassen“, betonte Linssen. Der CDU-Politiker sprach sich in diesem Zusammenhang gegen die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft aus: „Das generelle Ausstellen eines zweiten Passes hilft nicht der Integration. Vielmehr würde dies eine Welle des Familien-Nachzugs auslösen, die unser Land nicht verkraften könnte. Wer — wie Bundesinnenminister Schily — das Maß der Zuwanderung als überschritten ansieht, gleichzeitig aber für die doppelte Staatsbürgerschaft eintritt, muß sich fragen lassen, ob für ihn die Gesetze der Logik noch gelten.“

Zur Begrenzung der Zuwanderung ist nach den Worten des CDU-Fraktionschefs auch eine Beschleunigung der Asylverfahren notwendig: „Mit einer zügigen Klärung der Frage, ob ein Asylantrag berechtigt ist, können wir zum einen beweisen, wie ernst es uns mit dem im Grundgesetz festgelegten Recht auf Asyl ist, und gleichzeitig dem Mißbrauch dieses Rechts vorbeugen.“ Linssen verlangte eine konsequente Zurückführung abgelehnter Asylbewerber in ihr Heimatland und Sanktionen gegen solche Antragsteller, die — beispielsweise durch das Wegwerfen ihres Reisepasses — die Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden behindern. „Ich halte es für legitim, die Zuwendungen für solche Antragsteller auf ein Mindestmaß zu reduzieren“, erklärte der CDU-Politiker. Generell müsse die Bundesrepublik nach Linssens Worten aber „mehr Hilfe für die Herkunftsländer von Wirtschaftsflüchtlingen bereitstellen, um den Menschen dort bessere Perspektiven für ein gesichertes Dasein zu eröffnen“.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Landesbedienstete können endlich auf ein Job-Ticket hoffen

Nach einem Vorlauf von mittlerweile sechs Jahren wird es nun eine Regelung zur Parkraumbewirtschaftung bei Landesbehörden geben. Nach letzten Verhandlungen zwischen den Verkehrs- und Finanzpolitikern der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konnte Einvernehmen über den Gesetzentwurf erzielt werden. Damit werden die Forderungen der GRÜNEN, für alle Landesbedienstete attraktive Angebote zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu schaffen und dies mit der Bewirtschaftung von Parkflächen zu verknüpfen, nun endgültig umgesetzt.

Es besteht die Hoffnung, daß damit nun endlich ein Schlußstrich unter die Debatte gezogen und die Umsetzung angegangen werden kann. Mit der nun vorliegenden Formulierung wird dem Anliegen der grünen Fraktion Rechnung getragen. Die Möglichkeiten der Dienststellen, in enger Kooperation mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Job-Tickets bereitzustellen, die gleichzeitig als Berechtigung zum Parken gelten, ist aus verkehrspolitischer Sicht sehr zu begrüßen. Sollte es trotz der Bemühungen keine freiwilligen Vereinbarungen geben, müssen die Behörden ein Parkraumbewirtschaftungskonzept vorlegen.

Um die Akzeptanz bei den Behörden für die vorgesehenen Maßnahmen zu erhöhen, ist es aus Sicht der GRÜNEN-Fraktion unabdingbar, daß der Landtag mit gutem Beispiel vorangeht und umgehend Job-Ticket und Parkraumbewirtschaftung im Landtag eingeführt wird. Die Abgeordneten sollen so verdeutlichen, daß sie die von Ihnen eingeleiteten Gesetzesvorhaben auch wirklich wollen.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen



Die Bedeutung des türkischen Unternehmertums in NRW und die Integration der hier unternehmerisch tätigen türkischen Mitbürger stand im Mittelpunkt des Besuchs des CDU-Arbeitskreises Migrationsangelegenheiten beim Verband Türkischer Unternehmer und Industrieller in Europa (ATIAD). Unter der Leitung des migrationspolitischen Sprechers, Oliver Wittke, besuchten die Landtagsabgeordneten den in Düsseldorf ansässigen Verein, trafen sich mit dem türkischen Generalkonsul und ließen sich modernste Onlinetechnik zeigen. Das Bild zeigt v. l. den Geschäftsführer von ATIAD, Sahin Söylemez, Generalkonsul Fatih Ceylan, die Abgeordneten Oliver Wittke und Willi Zylajew sowie Aytül Kaplan, eine Mitarbeiterin der türkischen Halkbank. Frau Kaplan gehört zu den Mitgründern des Informationszentrums.

Personalie

Josef Wilp (CDU) begeht am 22. Dezember seinen 60. Geburtstag. Der Hauptschulrektor a. D. aus Rheine studierte nach dem Abitur 1959 Pädagogik, Theologie, Geographie und Sozialwissenschaften an der Pädagogischen Hochschule sowie an der Universität Münster. Von 1963 bis 1969 war er Volksschullehrer, von 1969 bis 1983 Konrektor als Fachleiter am Bezirksseminar Rheine. Von 1983 bis zur Übernahme des Landtagsmandats 1993 leitete er eine Hauptschule. Der CDU gehört Josef Wilp seit 1964 an. Er ist Mitglied der CDA und des CDU-Kreisvorstandes Steinfurt sowie des Rates der Gemeinde Mesum, wo er auch geboren ist. Seit 1975 gehört er bereits dem Rat der Stadt Rheine an. Er ist Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion. Im Landtag arbeitet er als ordentliches Mitglied im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie, im Ausschuß für Kommunalpolitik sowie im Petitionsausschuß mit. Josef Wilp ist verheiratet und hat ein Kind.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
 Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
 Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
 8 84 30 22
 Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
 Pressesprecher des Landtags
 Redaktionsbeirat Edgar Moron MdL (SPD), Parla-
 mentarischer Geschäftsführer, Heinz Hardt MdL
 (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
 Ute Koczny (GRÜNE), Hans-Peter Thelen (SPD),
 Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Presse-
 sprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressespre-
 cherin
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
 Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Ver-
 lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
 ISSN 0934-9154
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
 LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
 gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Er ist der einzige Pfarrer unter den 221 Landesparlamentariern – Frank Sichau, SPD-Abgeordneter aus Herne. Das viel Zeit beanspruchende politische Mandat gestattet es dem gebürtigen Wanne-Eickeler aber heute nur noch wenig, seelsorgerisch in seiner evangelischen Kirchengemeinde Baukau tätig zu sein. Der 50jährige nutzt jedoch die Möglichkeiten als Abgeordneter, sich für hilfesuchende Mitbürger weiter zu engagieren. So ist er beispielsweise Vorsitzender der Drogenberatung in Herne.

Nach dem Abitur und der Ableistung des Wehrdienstes studierte er Evangelische Theologie, wurde Vikar und später Pastor. 1978 wurde er dann als Pfarrer des Kirchenkreises Herne in den Berufsschuldienst berufen. Neben der Erteilung des Religionsunterrichtes übte Frank Sichau auch seelsorgerische Tätigkeiten in der Kirchengemeinde aus.

Das soziale Programm der SPD, aber auch deren damalige Repräsentanten, wie Willy Brandt und Heinz Kühn, gaben den Ausschlag für seinen Parteieintritt 1968. Nach zahlreichen Aktivitäten bei den Jungsozialisten wurde er 1979 in den Rat der Stadt Herne gewählt. Dort widmete sich der Sozialdemokrat insbesondere dem Bereich Kinder/Jugend/Familie und war von 1991 bis 1994 auch stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender. Nach seiner Wahl in den Landtag 1995 legte er das kommunalpolitische Mandat nieder.

Kontinuierlich setzt der Herner im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie seine frühere Tätigkeit auf Kommunal-ebene jetzt auf der Landesebene fort. Zudem gehört er dem Migrationsausschuß und der Strafvollzugs-Kommission des Rechtsausschusses an.

Der anhaltenden Kritik gegen das neue Kindergarten-Gesetz setzt Frank Sichau entgegen, daß man die Ausgaben-Dynamik aller Träger von Kindertagesstätten habe bremsen müssen. Und es sei erfreulich, daß dies mit deren Einvernehmen durch das neue Gesetz erreicht werde. Handlungsbedarf sah der Sozialdemokrat auch beim Landesjugendplan. Man habe weitere Träger und neue Aufgaben fördern müssen, was angesichts der knappen Finanzmittel nur durch eine Umverteilung der bisherigen Gelder möglich gewesen sei.

Der Vorsitzende der Strafvollzugs-kommission des Landtags setzt sich vehement für eine kurzfristige Aufstockung des Personals in den Gefängnissen und für ein Sofort-Baupro-



Frank Sichau (SPD)

gramm zur Erweiterung von vier bis fünf bestehenden Haftanstalten ein. Außerdem sollten zur Entlastung der Strafvollzugsbediensteten und der teils überbelegten Anstalten die Alternativ-Sanktionen, wie gemeinnützige Arbeit und der Täter-Opfer-Ausgleich, von den Gerichten stärker genutzt werden. Der Abgeordnete befürwortet in diesem Zusammenhang auch Überlegungen, Delikte künftig teilweise mit Fahrverboten zu ahnden. „Diese Einschränkung der Mobilität tut weh.“

Frank Sichau stammt aus einer Region, dem nördlichen Ruhrgebiet, mit einer „Emigrationsgeschichte“. Zuerst seien die Westpreußen gekommen, dann die Koreaner und zuletzt die Türken. Wichtig sei, die ausländische Wohnbevölkerung zu integrieren. „Das beginnt bei der Sprachförderung und endet bei der Berufsförderung der Jugendlichen.“ Der Sozialdemokrat begrüßt die von der Bonner Koalition geplante Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft, die für ihn eine Angleichung an europäisches Recht sei. Auch erwartet er von ihr, daß diese Kinder und Jugendlichen aus der dritten Einwanderergeneration dann eher den fundamentalistischen und radikalen Strömungen widerstehen können. Der Vater von zwei Söhnen ist mit der Region fest verwurzelt. So ist er auch Vorsitzender der Gesellschaft für Heimatkunde in Wanne-Eickel. Und mit Schwimmen und Tennisspielen versucht er sich fit zu halten – „was jedoch immer spärlicher wird“.

Jochen Juretko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 16. bis 22. Dezember 1998

- 16.12. **Werner Stump** (CDU), 55 J.
 18.12. **Frank Sichau** (SPD), 51 J.
 21.12. **Dr. Andreas Lorenz** (CDU), 61 J.
 21.12. **Gerhard Wirth** (SPD), 47 J.
 22.12. **Josef Wilp** (CDU), 60 J.
 22.12. **Horst-Dieter Vöge** (SPD), 51 J.

★

Gabriele Behler (SPD), nordrhein-westfälische Ministerin für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung, wird das Amt der Präsidentin der Kultusministerkonferenz im Januar nächsten Jahres turnusgemäß übergeben. Neuer Präsident wird 1999 Sachsens Wissenschaftsminister **Hans Joachim Meyer**. Die KMK hat den CDU-Politiker bei ihrer Tagung Anfang Dezember in Bonn zum Nachfolger gewählt.

★

Peer Steinbrück, nordrhein-westfälischer Wirtschaftsminister, soll bei den Landtagswahlen im Jahr 2000 im Wahlkreis Unna I für die SPD antreten. Diesen Wahlkreis vertrat bisher der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende **Klaus Matthiesen**, der in der vergangenen Woche gestorben ist. Für Steinbrück votieren die SPD-Chefs der Region. Der Wirtschaftsminister hat derzeit noch kein Mandat. Er war im Herbst von Kiel nach Düsseldorf gewechselt und hatte am 29. Oktober die Nachfolge des damaligen nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers **Bodo Hombach** (SPD) angetreten, der als Kanzleramtsminister nach Bonn gegangen war. Steinbrück war bereits in Schleswig Holstein seit 1993 Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.

★

Inge Donnep (SPD), ehemalige Ministerin für Justiz in Nordrhein-Westfalen und erste deutsche Justizministerin überhaupt, hat am 13. Dezember ihren 80. Geburtstag begangen. Frau Donnep war von 1975 bis 1985 Mitglied des Landtages und bekleidete von 1975 bis 1978 das Amt der Ministerin für Bundesangelegenheiten, ehe sie Justizministerin wurde. Die gelernte Fachanwältin für Steuerrecht und Richterin am Sozialgericht, die auch ein Dolmetscher-Examen abgelegt hat, gehörte bis 1979 dem Parteivorstand der SPD an. Sie sorgte in NRW für die Einrichtung außergerichtlicher Schlichtungsstellen, ermöglichte die Unterbringung von straffälligen Jugendlichen in Erziehungsheimen und nahm den Kampf gegen Gewaltvideos und Jugendsekten auf. Heute lebt Inge Donnep in Recklinghausen und ist Vorsitzende des Vereins ehemaliger Abgeordneter des Landtags.

★

Horst Katzor, von 1969 bis 1984 Oberbürgermeister von Essen, ist gestorben. Das SPD-Stadtoberhaupt gehörte zu den Lokalpolitikern mit Weitblick. Von ihm kam der Anstoß, eine ständige Runde der Revier-Oberbürgermeister einzurichten. Katzor, der aus Lands in Pommern stammte, Zimmerer gelernt und Ingenieurwesen studiert hatte, gehörte zu den integrierenden Persönlichkeiten der Essener Stadtpolitik. In seine Amtszeit fielen in der Ruhrmetropole eine Reihe zukunftsweisender Entscheidungen: die Gründung der Universität, der Beginn des Aalto-Baus, Baustart der U-Bahn sowie Neubau von Museumszentrum und Rathaus.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Burg und Vorburg auf dem Bergsporn

Kronenburg, Ortsteil von Dahlem, ist eines der bedeutendsten Beispiele einer Burg-Tal-Siedlung, einer in ihrer Zeit typischen Siedlungsform der Eifel. Kronenburg wurde 1277 erstmals als Burg urkundlich erwähnt. Die nach dem Aussterben der Ritter von Kronenburg folgenden regierenden Häuser benutzten die Burg lediglich als Nebensitz. Die entstandene Burgmannsiedlung, auch Talsiedlung genannt, wurde Mitte des 14. Jahrhunderts in die Befestigungen einbezogen und 1350 erstmals in einem Dokument als Stadt bezeichnet. Die Glaubenskriege, der Spanische Erbfolgekrieg und die Raubzüge Ludwig XIV. brachten es mit sich, daß Kronenburg an Bedeutung verlor. Im Zuge der kommunalen Neugliederung wurde der Ort Teil der Gemeinde Dahlem. Doch heute lohnt sich ein Ausflug auch zur Winterzeit, wenn sich die Eifel von ihrer rauhen Seite zeigt. Vor allem der historische Ortskern findet bei Besucherinnen und Besuchern Interesse. Der historische Ortsgrundriß mit Vorburg und Burg ist im wesentlichen noch so erhalten, wie er im 14. Jahrhundert entstand. Burg und Vorburg liegen auf einem steil abfallenden Bergsporn, vom Tal her gut einzusehen. Die Burganlage ist seit dem 18. Jahrhundert verfallen und besteht aus Resten von Umfassungsmauern einer Bastion, von zwei halbrunden Flankierungstürmen des ehemaligen Nordtores sowie Teilen des Bergfriedes und des Südostturmes. Im oberen Ortsflecken liegt die spätgotische Hallenkirche, die man sich nicht entgehen lassen sollte. Sie gilt als eine der bedeutendsten Einstützenkirchen. Die Bebauung aus Fachwerk- und Bruchsteinbauten aus dem 17. und 18. Jahrhundert im Ring um den Burgkomplex vermittelt den Eindruck großer Geschlossenheit. Nordrhein-Westfalen besitzt hervorragende touristische Attraktionen, aber auch viele versteckte Sehenswürdigkeiten. Kronenburg gehört dazu.

Kindesmißbrauch: Ausschüsse hören Experten an

Unter der Federführung des Hauptausschusses unter der Leitung seines Vorsitzenden Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) findet auf Antrag der CDU-Fraktion am 21. Januar eine öffentliche Anhörung im Landtag zu einer Kriminalitätsentwicklung statt, die immer mehr Sorge bereitet (siehe auch Seite 1). „Kindesmißbrauch und Kinderpornographie müssen als Verbrechen geächtet, effektiver verfolgt und wirksam bestraft werden“, lautet die Überschrift über dem Unionsantrag. Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie hat in seiner Sitzung am 26. November unter Leitung seiner Vorsitzenden Annegret Krauskopf (SPD) beschlossen, an der geplanten öffentlichen Sitzung teilzunehmen.